



Inhaltsverzeichnis

Zukunft (Z)

Z1 – Politik mit Weitblick	extra
Z2 - Ministerpräsident	4

Bildung (B)

B1 - Für ein gebührenfreies Erststudium	5
B2 - Gebührenfreies Erststudium	6
B3 - Studiengebühren bis 2010	6
B4 - Lehrerbildung	7
B5 - Lehramtsstudium zentrieren	8
B6 - Interdisziplinarität stärken	9
B7 - Hochschulstrukturen schaffen	9
B8 - Innovationsfonds für Graduiertenschule und Exzellenzcluster	10
B9 - Studienberatung reformieren	10
B10 - Dienst- und Bauherrenfunktion für die Hochschulen	11
B11 - Abschaffung des BAT	11
B12 - Hochschulkompetenz beim Bund sammeln	12
B13 - Neustrukturierung des Habilitationsverfahrens	12
B14 - Einführung eines Vergleichsarbeitensystems	13
B15 - Direktwahl des Schülersprechers	13
B16 - Drittelparität herstellen	14
B17 - Ethikersatz durch Religionsunterricht verhindern	14
B18 - Einführung von Gemeinschaftsschulen	15
B19 - Einführung von Lehrernoten	15
B20 - Vereinheitlichung der Arbeitstechniken von Quellenanalysen, Erörterung und Interpretation	16 16
B21 - Neue Wege zur Schulpflicht	17
B22 - Überarbeitung des Zeugnisses	18
B23 - Punktvergabe bei Leistungskontrollen	19
B24 - Schulsport als Unterrichtsfach in der Oberstufe	20
B25 - Keine schulstrukturellen Veränderungen bis 2010	21
B26 - Organisation der AOS	22
B27 - Keine spezifischen Profile der AOS	23
B28 - Evaluation der Schule veröffentlichen	24
B29 - Kein fächerübergreifender Unterricht	25
B30 - Fächer- und Schulformübergreifender Unterricht	26
B31 - Schulsozialarbeit an Schulen	27
B32 - Mitbestimmung an Schulen	28
B33 - Lehrerfortbildung	29

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



B34 - Personalhoheit muss beim Land bleiben	30
B35 - Keine Budgetrechte für die Einzelschulen	31
B36 - Kein schulstufen- und schulformübergreifender Lehrereinsatz	32
B37 - Keine Abschaffung der Schuleinzugsbereiche	33
B38 - Initiative zur Vereinheitlichung des schulischen Bildungssystems	34
B39 - Wiedereinführung von Kopfnoten	34
B40 - Einführung von Schulkleidung	35
B41 - Verbindliche Schullaufbahneempfehlung	35

Innenpolitik, Außenpolitik, Kommunalpolitik (IAK)

IAK 1 - Forderung an das Netzwerk für Demokratie und Toleranz	36
IAK 2 - Bürgerentscheid zur Festlegung der Kreissitze	37
IAK 3 - Kreisgebietsreform	38
IAK 4 - Stadt-Umland-Beziehung	38
IAK 5 - Stadtumlandproblematik zum Thema machen	39
IAK 6 - Behindertenfreundliche und altersgerechte Städte	40
IAK 7 - Bürgerhaushalte in Sachsen-Anhalt	41
IAK 8 - Hundeführerschein	43
IAK 9 - E - Government Masterplan	47
IAK 10- Föderalismusreform	48
IAK 11 - Veränderung der Wahlperioden	49
IAK 12 - Zwei Legislaturperioden	50
IAK 13 - Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	51
IAK 14 - Entwicklungshilfe	52
IAK 15 - Residenzpflicht für Flüchtlinge	53

Organistaion (O)

O1 - Singen der Internationale	54
O2 - Mitgliederentscheid über Koalitionsverhandlungen	55
O3 - Bildung einer Arbeitsgruppe "Schwusos in der SPD" auf Landesebene	56
O4 - Änderung der Finanzordnung	57
O5 - Vorbereitung einer neuen Satzung	58
O6 - AG Probemitgliedschaft	59
O7 - Satzungsänderungen im Zuge der Kreisgebietsreform	60
O8 - Satzungsänderung zur Delegiertenberechnung	61
O9 - Einbeziehung aller Juso-Mitglieder in die Delegiertenberechnung	62
O10 - Abschaffung der Quote	63
O11 - Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verstärken	64
O12 - Tagungsgetränke	65



Umwelt, Verkehr, Energie (UVE)

UVE 1 - Wirtschaftsfaktor erneuerbare Energien	66
UVE 2 - Weitere Förderung von regenerativen Energieformen und neuen Technologien in der Verkehrstechnik	67
UVE 3 - Grüne Gentechnikfreie Zone	68
UVE 4 - LKW - Überholverbot auf zweispurigen Autobahnen	69
UVE 5 - Faktisch 0,0 Promille im Straßenverkehr	70
UVE 6 - Prinzipielles Alkoholverbot für alle Führer von Kraftfahrzeugen	71
UVE 7 - Regionalbahnen gut zu Vögeln	72

Wirtschaft und Soziales (WiSo)

WiSo 1 - Die Tobin Tax muss kommen!	74
WiSo 2 - Reduzierung der Agrarsubventionen	75
WiSo 3 - Chancen der alternden Gesellschaft erkennen und nutzen	76
WiSo 4 - Zusätzliches Geld aus HartzIV für Schulausgaben	77
WiSo 5 - Sinnstiftende und erfüllende Arbeit auch auf	78
WiSo 6 - Neugründung der Agentur für Arbeit	79
WiSo 7 - Sinnlossteuer einführen	80
WiSo 8 - Einführung von Patientenrechnungen	81
WiSo 9 - Striktes Alkoholverbot für Jugendliche unter 18 Jahren	82
WiSo10- Jugendschutz durchsetzen	83
WiSo11- Legalisierung von Cannabis	84

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **Z 2**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Ministerpräsident**

5 Wir Jusos des Landes Sachsen-Anhalts unterstützen Jens Bullerjahn bei seinem Wunsch,
6 das Amt des Ministerpräsidenten zu erlangen. Die vergangenen Jahre unter Schwarz-
7 Gelb waren vergeudete Jahre für Sachsen-Anhalt. Die Menschen haben eine bessere
8 Politik verdient.

9 **Begründung:** erfolgt mündlich

10

11 Notizen während der Debatte:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

27 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B1**

2 Antragsteller: Juso- Hochschulgruppe Magdeburg über Juso-Landesvorstand,
3 SV Magdeburg

4 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

5 **Für ein gebührenfreies Erststudium**

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt halten an der generellen Gebührenfreiheit des Erststudiums fest.
7 Vielmehr muss ein Studium jedem jungen Menschen unabhängig von der finanziellen
8 Situation im Elternhaus offen stehen.

9 **Begründung:** Wir halten an der generellen Gebührenfreiheit des Erststudiums fest.
10 Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen
11 abzulehnen. Sie bringen dem Bildungssystem keinen Nutzen, sondern verschärfen
12 vielmehr die soziale Selektion und widersprechen der Forderung nach Chancengleichheit
13 und sozialer Gerechtigkeit. Auch Stipendien- und Darlehenssysteme können diese
14 Wirkung von Studiengebühren nicht auffangen. Sozialverträgliche Studiengebühren gibt
15 es nicht. Ein Studium muss aber jedem jungen Menschen unabhängig von der finanziellen
16 Situation im Elternhaus offen stehen. Ein bundesweites Verbot von Studiengebühren im
17 Erststudium muss daher unverzüglich umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat sich im
18 Wahlkampf das richtige Ziel gesetzt, die Studierquote zu erhöhen. Mit Studiengebühren
19 wird dies nicht gelingen.

20 Studierende sind die Leidtragenden selbst wenn die Länder Kredite und Stipendien
21 bereitstellen würden, wären hohe Schulden keine Seltenheit. Die Altersvorsorge und ein
22 eventueller Schritt in die Selbständigkeit wären damit gefährdet oder gänzlich verbaut.
23 Auch für Akademiker gibt es schon lange keine Einkommensgarantie mehr.

24 Studiengebühren sind frauen- und familienfeindlich. Gerade für junge Frauen sind
25 Studiengebühren durch die schlechtere Einkommenserwartung und die Unterbrechungen
26 durch Schwangerschaft und Erziehungszeiten noch abschreckender als für Männer.
27 Familien werden durch die Kosten für Kinderbetreuung und die Studiengebühren doppelt
28 belastet.

29 Keine zusätzlichen Einnahmen für die Hochschulen. Studiengebühren bringen keine
30 zusätzlichen Einnahmen für die Hochschulen, da die Gebühren - wie bereits zu
31 beobachten- in die öffentlichen Kassen fließen. Selbst wenn dies nicht der Fall wäre, ließe
32 sich nicht verhindern, dass sich die öffentliche Hand - also die Länder - aus der
33 Hochschulfinanzierung zurückzieht (dies zeigen internationale Erfahrungen). Die
34 Vorstellung der Länder, an dieser Stelle könne der Bund mit Milliarden einspringen und
35 die Gebühren sozial abfedern, ist nicht realisierbar.

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Bemerkenswert ist, dass gerade die in den bildungspolitischen Debatten Hochgelobten
2 skandinavischen Länder keine Studiengebühren erheben. Skandinavien die
3 Kinderbetreuung überwiegend staatlich finanziert

4 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:
5 Weitergeleitet an:
6

7 Antrag: **B2**

8 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

9 Zur Weiterleitung an den SPD-Kreisparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag.

10 **Gebührenfreies Erststudium**

11 Der Landesverband der SPD Sachsen-Anhalt tritt für ein gebührenfreies Erststudium bei
12 Einhaltung der Regelstudienzeit ein. Dieses kann bei begründeten Fällen entsprechend der
13 Ausnahmen des BAföG um maximal vier Semester (2 Jahre) überschritten werden.

14 **Begründung:** erfolgt mündlich

15 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:
16 Weitergeleitet an:

17 Antrag: **B3**

18 Antragsteller: SV Halle

19 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

20 **Studiengebühren bis 2010**

21

22 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, die Einführung von allgemeinen sozialverträglichen
23 Studiengebühren, auch für das Erststudium, bis 2010. Weiterhin fordern wir in
24 Vorbereitung der Umstellung die Einführung eines Stipendiensystems nach
25 angelsächsischem Vorbild und den Verbleib der Gebühren an den Universitäten.

26 **Begründung:** erfolgt mündlich

27 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:
28 Weitergeleitet an:



- 1 Antrag: **B4**
- 2 Antragsteller: Juso Hochschulgruppe Magdeburg
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Lehrerbildung**

5 Die Lehrerausbildung für das Lehramt an allgemein bildenden Schulen im Land Sachsen-
6 Anhalt hat auch in Zukunft an den Standorten Magdeburg und Halle zu erfolgen.

7 **Begründung:** „Wenn auch nur ein Teil der von Kultusminister Olbertz vorgegebenen
8 Prämissen und Planungsanstöße zur Neuordnung der Hochschullandschaft Realität wird,
9 wird Sachsen-Anhalt schweren Schaden nehmen“, kommentierte der GEW-Landeschef,
10 Thomas Lippmann, ein von Olbertz den Hochschulen vorgegebenes Papier. „Nun wissen
11 wir, welche Selbstbeschneidungen von den Hochschulen erwartet werden, um die ihnen
12 von den Regierungsfractionen aufgezwungenen Zielvereinbarungen einzuhalten.“ Eine
13 Folgeabschätzung wird nach Lage der Dinge nicht mehr stattfinden.

14 Als „geradezu absurd“ bezeichnete Lippmann die Vorgaben für die Lehrerbildung. Die
15 von Olbertz geforderte „Konzentration“ der Lehrerbildung allein an der Martin-Luther
16 Universität in Halle bedeute im Klartext, dass mit der Aufgabe des Ausbildungsstandortes
17 Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg das Ausbildungspotenzial des Landes halbiert
18 wird. Dieses reiche jedoch schon jetzt nicht aus, um genügend Lehrernachwuchs
19 heranzubilden. „Die Lehrerausbildung darf weder auf eine Universität konzentriert noch
20 quantitativ eingeschränkt werden, weil spätestens ab 2009 alle aus dem Schuldienst
21 ausscheidenden Lehrkräfte ersetzt werden müssen. Das sind ca. 800 Lehrkräfte pro Jahr
22 in den allgemein bildenden Schulen. Dazu müssen ab sofort jährlich mindestens 1.000
23 Studienanfänger für das Lehramtsstudium gewonnen werden. Die gegenwärtig an beiden
24 Universitäten jährlich beginnenden ca. 500 Studierenden reichen dafür nicht annähernd,“
25 sagte der GEW Vorsitzende.

26 Wenn die „Konzentration“ der Lehrerbildung in Halle ernst gemeint wäre, müssten die in
27 der Zielvereinbarung für die Martin-Luther-Universität verankerten Zielzahlen für die
28 Immatrikulationen von Lehramtsstudenten mindestens verdoppelt werden. Dazu sei nach
29 Lage der Dinge die MLU Halle aber selbst bei bestem Willen gar nicht in der Lage. Und
30 selbst wenn die Steigerung der Ausbildungskapazitäten in Halle gelänge, sind als Folge
31 der Konzentration an einem einzigen Ausbildungsort in einem Flächenland wie Sachsen-
32 Anhalt erhebliche regionale Probleme bei der Gewinnung von Lehramtsstudenten und
33 beim Einsatz neu ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer zu erwarten.

34

35

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Mit einer solchen Entscheidung werden die Überversorgung von Halle und dessen
2 Umland und der permanenten Lehrermangel in der Altmark, in verschiedenen
3 Harzregionen oder im Osten Sachsen-Anhalts zementiert.

4

5 Notizen während der Debatte:

6

7 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:
8 Weitergeleitet an:

9

10

11 Antrag: **B5**

12 Antragsteller: SV Halle

13 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

14 **Lehramtsstudium zentrieren**

15 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass das ordentliche Lehramtsstudium, gemäß der
16 aktuellen Strukturbeschlüsse in Halle verbleibt und dem Bedarf entsprechend ausgebaut
17 wird.

18 **Begründung:** erfolgt mündlich

19

20 Notizen während der Debatte:

21

22

23

24

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:
26 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B6**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Interdisziplinarität stärken**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, den Ausbau der Interdisziplinarität an und zwischen
6 den beiden Hochschulstandorten. Weiterhin fordern wir nachgewiesene, transparente
7 und verpflichtende Qualitätssteigerung der Lehre.

8

9 **Begründung:** erfolgt mündlich

10

11 Notizen während der Debatte:

12 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

13 Weitergeleitet an:

14 Antrag: **B7**

15 Antragsteller: SV Halle

16 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

17 **Hochschulstrukturen schaffen**

18 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass die Hochschulstruktur im Land auf zwei Standorte
19 reduziert wird, Doppelstrukturen werden abgeschafft und die Lehrinhalte werden
20 aufeinander abgestimmt. Allgemein werden den Bedürfnissen von Studierenden und
21 Lehrenden, sowie ökonomischen Kriterien Rechnung getragen.

22 **Begründung:** erfolgt mündlich

23

24 Notizen während der Debatte:

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

26 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B8**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Innovationsfonds für Graduiertenschule und Exzellenzcluster**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass Graduiertenschulen und Exzellenzcluster,
6 zwischen Hochschulen sowie ihren außeruniversitären Partnern, durch Innovationsfonds
7 gefördert werden.

8 **Begründung:** erfolgt mündlich

9

10 Notizen während der Debatte:

11 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

12 Weitergeleitet an:

13

14 Antrag: **B9**

15 Antragsteller: SV Halle

16 Die Landesdelegiertenkonferenz:

17 **Studienberatung reformieren**

18 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, eine Berufsorientierte qualifizierte Beratung und
19 Betreuung vor und während des Studiums, um Schwund- und Abbrecherquoten zu
20 reduzieren. Weitergehend fordern wir von den Hochschulen eine kontinuierliche
21 Studiumsbegrenzende Leistungsüberprüfung ihrer Studierenden.

22 **Begründung:** erfolgt mündlich

23

24 Notizen während der Debatte:

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

26 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B10**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Dienst- und Bauherrenfunktion für die Hochschulen**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, die Übergabe der Dienst- und der Bauherrenfunktion
6 an die Universitäten. Die Dienstherrenfunktion wird in Form einer Präsidial verfassten
7 Universität nach Qualitäts- und Managementkriterien ausgefüllt. Die Bauherrenfunktion
8 wird im Benehmen mit dem Land ausgeführt.

9 Begründung: erfolgt mündlich

10

11 Notizen während der Debatte:

12 Abstimmungen: Angenommen/Abelehnt:

13 Weitergeleitet an:

14

15 Antrag: **B11**

16 Antragsteller: SV Halle

17 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

18 **Abschaffung des BAT**

19 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, die Abschaffung des Bundes Angestellten Tarifs (BAT).
20 Dieser soll durch ein einheitliches Grundgehalt mit zusätzlichen Leistungsbezogenen
21 Komponenten ersetzt werden.

22 Begründung: erfolgt mündlich

23

24 Notizen während der Debatte:

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

26 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B12**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Hochschulkompetenz beim Bund sammeln**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass eine sozialdemokratische Landesregierung die
6 Hochschulkompetenz in Zukunft beim Bund zusammengefasst wird.

7 **Begründung:** erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

11 Weitergeleitet an:

12

13 Antrag: **B13**

14 Antragsteller: SV Halle

15 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

16 **Neustrukturierung des Habilitationsverfahrens**

17 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern eine Öffnung und Flexibilisierung des
18 Habilitationsverfahrens. Dabei soll ein besonderer Wert auf die Verjüngung des
19 Lehrpersonals gelegt.

20 **Begründung:** erfolgt mündlich

21

22 Notizen während der Debatte:

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B14**

2 Antragsteller: KV Halberstadt

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Einführung eines Vergleichsarbeitensystems**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einführung eines Vergleichsarbeitensystems, bei
6 dem die Schulen, deren Schüler die besten Ergebnisse erzielen, durch eine Aufbesserung
7 des Ausstattungsbudgets belohnt werden.

8 **Begründung:** erfolgt mündlich

9

10 Notizen während der Debatte:

11 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

12 Weitergeleitet an:

13

14 Antrag: **B15**

15 Antragsteller: AG Schüler/innen über Juso-Landesvorstand

16 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

17 **Direktwahl des Schülersprechers**

18 Wir wollen, dass der/die SchülersprecherIn direkt von den Schülern gewählt wird.

19 **Begründung:** erfolgt mündlich

20

21 Notizen während der Debatte:

22
23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B16**

2 Antragsteller: AG Schüler/innen über Juso-Landesvorstand

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Drittelparität herstellen**

5 Wir schließen uns ausdrücklich der Forderung der SPD, nach einer Drittelparität an.
6 Lehrer, Schüler und Eltern sind somit, in der Gesamtkonferenz, jeweils mit einem Drittel
7 gleichberechtigt.

8 **Begründung:** erfolgt mündlich

9

10 Notizen während der Debatte:

11 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

12 Weitergeleitet an:

13

14 Antrag: **B17**

15 Antragsteller: AG Schüler/innen über Juso-Landesvorstand

16 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

17 **Ethikersatz durch Religionsunterricht verhindern**

18 Der Ethikunterricht soll nicht mehr von einem Religionsunterricht ersetzt werden.
19 Religionsunterricht soll als freiwilliges Zusatzangebot bestehen bleiben. Daraus folgt eine
20 Verpflichtung für alle Schulen Ethik anzubieten.

21 **Begründung:** erfolgt mündlich

22

23 Notizen während der Debatte:

24

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

26 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B18**

2 Antragsteller: AG Schüler/innen über Juso-Landesvorstand

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Einführung von Gemeinschaftsschulen

5 Das dreigliedrige Schulsystem hat sich überlebt. Wir sind für die verbindliche Einführung
6 von Gemeinschaftsschulen als Ersatz für das veraltete dreigliedrige System. Zur
7 Durchsetzung schlagen wir eine Kopplung mit einer offenen Ganztagschule vor, in der
8 nach dem regulären Unterricht, welcher sich bis zum Mittag beschränkt, zusätzliche
9 Stunden belegt werden können. Diese sollen zur individuellen Qualifizierung beitragen
10 und gleichzeitig die Fähigkeit für viele sichern das Gymnasium zu besuchen.

11 **Begründung:** erfolgt mündlich

12

13 Notizen während der Debatte:

14 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

15 Weitergeleitet an:

16

17 Antrag: **B19**

18 Antragsteller: AG Schüler/innen über Juso-Landesvorstand

19 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

20 Einführung von Lehrernoten

21 Der LAK Schüler/innen spricht sich für ein System der Lehrernoten aus.

22 Das Austeilen der Befragungsblätter und die anschließende Auswertung durch den
23 Schulleiter oder/und seiner Koordinatoren sind dann Pflicht und Recht eines Schülers.

24 **Begründung:** erfolgt mündlich

25

26 Notizen während der Debatte:

27 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

28 Weitergeleitet an:

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **B20**

2 Antragsteller: AG Schüler/innen über Juso-Landesvorstand

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Vereinheitlichung der Arbeitstechniken von Quellenanalysen,**
5 **Erörterung und Interpretation**

6 Wir wollen, dass sich die Lehrer einer Schule zusammensetzen um für ihre Schule eine
7 einheitliche Erörterungs- sowie Interpretationstechnik ebenso eine Vereinheitlichung der
8 Arbeitstechnik Quellenanalyse zu finden. Dieser Kompromiss, und nur dieser, sollte dann
9 den Schülern als „Handwerkszeug“ mitgegeben werden.

10 **Begründung:** erfolgt mündlich

11

12 Notizen während der Debatte:

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B21**

2 Antragsteller: AG Schüler/innen über Juso-Landesvorstand

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Neue Wege zur Schulpflicht**

5 Wir Jusos Sachsen-Anhalt fordern

- 6 1. Drei sogenannte "Karenztage" pro Jahr für den Schüler, an denen ohne
7 Krankenschein und dergleichen Nachweise gefehlt werden darf.
- 8 2. Die Speicherung von Fehlstunden und Tagen mit Angabe der Gründe erfolgt nur
9 schulintern unter voller Gültigkeit des Datenschutzes und tauchen somit nicht auf
10 dem Zeugnis auf.
- 11 3. Die Eltern nichtvolljähriger Schüler müssen bei häufigem Schwänzen informiert
12 werden.
- 13 4. Das Kultusministerium soll Zielvereinbarungen zur Senkung der
14 Schulschwänzerquote mit den Schulen vereinbaren und adäquate Mittel für die
15 schulpsychologische und schulsoziale Arbeit bereitstellen.
- 16 5. Jede Schule soll sich unter Einbeziehung von Schulpsychologen oder
17 Schulsozialarbeitern, der Schülervertretung, dem betreffenden Schüler den Eltern
18 und den betreffenden Lehrern intensiv mit den individuellen Ursachen des
19 Schulschwänzen auseinandersetzen.
- 20 6. Schule muss zukünftig mehr Belohnungsanreize für lernschwache Schüler bieten,
21 statt nur ständig über schlechte Zensuren zu bestrafen.

22 Lernschwache Schüler müssen zukünftig eine intensivere Hilfe erhalten. Sitzenbleiben
23 kann nicht die einzige Reaktion des Schulsystems auf schlechte Leistungen sein

24 **Begründung:** erfolgt mündlich

25

26 Notizen während der Debatte:

27

28

29

30 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

31 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B22**

2 Antragsteller: AG Schüler/innen über Juso-Landesvorstand

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Überarbeitung des Zeugnisses**

5 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass es eine grundlegende Änderung
6 des Zeugnisses gibt. Auf dem Zeugnis soll die erste Dezimale hinter dem Komma
7 erscheinen, wobei die 2.Dezimale nach den Rundungsregeln zu runden ist. Auch wird ein
8 Text, der die Sozialkompetenz des Schülers bewertet und auf dem Zeugnis, ergänzend zu
9 den erbrachten Leistungen aus den einzelnen Fächern erscheint, gefordert. Diese
10 Beurteilung, welche in der Gesamtkonferenz beschlossen wird, tritt an Stelle der
11 „Kopfnoten“ und ersetzt diese. Schriftstücke solcher Formen sollen in allen Klassenstufen
12 und in allen Schulformen dem Zeugnis beigefügt werden. Die beschlossene Fassung sollte
13 mit dem Schüler und seinem Tutor besprochen werden.

14
15 **Begründung:** erfolgt mündlich

16

17 Notizen während der Debatte:

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

28 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B23**

2 Antragsteller: KV Mansfelder Land

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Punktvergabe bei Leistungskontrollen**

5 Hiermit wird beantragt, dass bei der Punktvergabe in Mathematik – Leistungskontrollen in
6 Zukunft folgendermaßen verfahren werden soll.

7 Begründung:

8 Wenn in der Aufgabenstellung einer Mathematik - Leistungskontrolle das Ermitteln von
9 einer oder mehreren Größen, unter Beachtung der, in der Aufgabenstellung genannten
10 Bedingungen, bei (eventuell) gegebenen Größen und der Arbeitsanweisung das die
11 gegebenen Größen, sowie die gesuchten Größen noch einmal genannt werden sollen,
12 verlangt ist, sollte/en in Zukunft auch dann der/die Punkt/e gegeben werden wenn die
13 gesuchten Größen in den Rechnungen des Schülers nicht noch einmal als solche
14 aufgeführt sind, sie jedoch vollständig und auf mathematisch korrekten Rechenweg
15 ermittelt wurden. Wenn nachvollziehbar ist dass der Schüler die gesuchten Größen
16 ermittelt hat, ist schließlich auch davon auszugehen dass er die Aufgabenstellung richtig
17 verstanden hat und somit auch den die in der Aufgabenstellung bereits geforderten
18 Größen erkannt hat. Sollte ein Schüler jedoch die geforderten Größen nicht richtig
19 ermitteln können, wird ihm dennoch der Punkt angerechnet, sollte er die gesuchten
20 Größen auch als solche in seinen Ausführungen zu erkennen geben. Sollte das Erkennen
21 der gesuchten Größen dennoch einen gewissen Schwierigkeitsgrad haben und gewisse
22 Denkleistungen erfordern, sollten weiterhin die gesuchten zu erkennenden Größen
23 aufgeführt werden. Wir sehen bisher eine Praxis in der Schülern, die alle anderen Teile
24 der Aufgabenstellung korrekt erfüllten, Punkte abgezogen werden für Sachverhalte die sie
25 ganz klar erkannt und ermittelt haben. Durch solche Methoden gingen den Betroffenen oft
26 wertvolle Punkte verloren die letztendlich den Unterschied zwischen der Note „Sehr Gut“
27 und „Gut“ ausmachen können. Wir sind der Auffassung das Schüler aufgrund der
28 Stresssituation, unter der Viele während Leistungskontrollen stehen und unter der sie oft
29 solch kleine, für die Lösung der Aufgabe (nämlich das Finden der gesuchten Größe)
30 unwichtigen, jedoch oft ausschlaggebende Arbeitsanweisungen übersehen, deshalb nicht
31 bestraft werden dürfen.

32 Begründung: erfolgt mündlich

33

34 Notizen während der Debatte:

35

36 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

37 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B24**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Schulsport als Unterrichtsfach in der Oberstufe**

5 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich gegen Pläne der Kultusministerkonferenz aus,
7 den Sportunterricht in der Oberstufe als Pflichtfach abzuschaffen.

8 Begründung:

9 Kinder und Jugendliche in Deutschland leiden massiv an Bewegungsmangel. Dazu der
10 Präsident des Deutschen Sportbundes Manfred von Richthofen: "Die Lage ist, mit einem
11 Wort: katastrophal". Dieses scheinbar harte Urteil lässt sich mit alarmierenden Zahlen
12 stützen. So sind mittlerweile 18 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland
13 übergewichtig, sieben Prozent leiden unter Fettsucht. 40 Prozent aller Schulkinder leiden
14 an Haltungsschäden und ihre motorischen Fähigkeiten sind unterentwickelt - viele Kinder
15 können nicht einmal mehr rückwärts laufen, eine Rolle vorwärts machen oder auf einem
16 Bein hüpfen. Diese Probleme lassen sich nur mit zwei Maßnahmen beheben: 1. mehr
17 Bewegung, 2. besser essen (qualitativ besser, nicht mehr!!!).

18 Eines aber ist mit Sicherheit kontraproduktiv: weniger Sport. Wenn nicht in der Schule,
19 wo sonst sollen junge Menschen an Bewegung und Sport herangeführt werden, wenn
20 nicht in der Schule. Diejenigen, die sich sowieso dafür interessieren, bedürfen dessen
21 weniger, umso aber diejenigen, die durch die oben genannten Zahlen abgebildet
22 werden.

23 Es geht nicht um Leistungssport oder Noten oder quälende Sportstunden, in denen nur
24 das Pausenklingeln vor der Strangulation durch verirrte Springseile rettet. Es geht um
25 mehr Bewegung und das Erfahren der Potentiale des eigenen Körpers, d.h. um Spaß am
26 Sport. Die Abschaffung des Sportunterrichts als Pflichtfach wäre hier jedoch der falsche
27 Weg.

28 Begründung: erfolgt mündlich

29

30

31 Notizen während der Debatte:

32

33 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

34 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B25**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Keine schulstrukturellen Veränderungen bis 2010**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern: Keine schulstrukturellen Veränderungen in der
6 kommenden Wahlperiode zugunsten einer Reform der Lehreraus- und Fortbildung bis
7 2010.

8 **Begründung:**

9 Die Schullandschaft in Sachsen-Anhalt braucht Ruhe. Unabhängig davon, ob die AOS
10 bzw. die Idee längeren gemeinsamen Lernens begrüßt oder abgelehnt wird: Es ist nicht
11 die Zeit für eine weitere strukturelle Veränderung – Das Land braucht 10 Jahre, also über
12 eine Schülerbiographie hinweg, Kontinuität in Schulstruktur und Schulorganisation.

13

14 Notizen während der Debatte:

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **B26**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Organisation der AOS**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern bei der (von uns abgelehnten) Einführung der AOS
6 eine Beschränkung auf gemeinsames Lernen bis zur Klasse 6.

7 **Begründung:** erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

23 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B27**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Keine spezifischen Profile der AOS**

5 Eigene spezifische Profile der AOS sowie die Verfügung der Einzelschule über flexible
6 und organisatorische Gestaltungsmöglichkeit lehnen wir ab.

7 **Begründung:** Die Kernaufgabe der Schule sehen wir in der Vermittlung eines bestimmten
8 Bestandes an Wissen und Fähigkeiten. Dieser muss allen Schülerinnen und Schüler jeder
9 Schule der jeweiligen Schulform im ganzen Land gleichermaßen vermittelt werden. Das
10 hat Priorität vor Spezifika wie sie einzelne Schulen ausbilden können und vor der
11 vermeintlichen Attraktivität freier Wahl von Stoff und Vermittlungsform.

12 In der Vermittlung der Kernkompetenzen, Beherrschung der deutschen und von
13 Fremdsprachen in Wort und Schrift, naturwissenschaftlichen Kenntnissen auf dem Niveau
14 der jeweiligen Schulform sowie der Heranführung von Gymnasiasten an Studierfähigkeit
15 liegt auch das wesentliche Defizit der Schule heute.

16 Wir sprechen uns deshalb gegen eine inhaltlich und organisatorisch freie Schule aus. Der
17 zu vermittelnde Stoff muss im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes für alle Schülerinnen und
18 Schüler identisch sein und kann deshalb auch weiterhin nur landesweit erlassen werden.

19 Ein weiteres Problem ergibt sich aus den festen Einzugsbereichen der Schule. Spezifische
20 Schwerpunkte von Schulausrichtungen ohne die freie Wahl der Schule beinhaltet Zwang
21 gegenüber dem Schüler und kann nicht im Interesse der Grundgedanken einer
22 Sozialdemokratischen Partei entsprechen.

23

24 Notizen während der Debatte:

25

26

27

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

29 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B28**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Evaluation der Schule veröffentlichen**

5 Die Schule gibt regelmäßig der Öffentlichkeit Rechenschaft über die geleistete Arbeit in
6 einem Evaluationsbericht, der auch im Internet einzusehen ist.

7 Hierbei sind zwischen Schule und Land die Fragen der Kosten und der Bereitstellung von
8 Personal zu klären.

9 **Begründung:** erfolgt mündlich

10

11 Notizen während der Debatte:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B29**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Kein fächerübergreifender Unterricht**

5 Erst nach einer grundlegenden Reform der Lehrerausbildung und Diskussion über eine
6 bundeseinheitliche Lehrerausbildung ist ein fächerübergreifender Unterricht zu erwägen.

7 **Begründung:** Erst nach einer grundlegenden Reform der Lehrerausbildung und der
8 Diskussion über eine bundeseinheitliche Lehrerausbildung ist ein fächerübergreifender
9 Unterricht zu möglich. Ein solches Vorhaben würde eine komplette Umstrukturierung der
10 Lehrerausbildung erfordern, weil es beispielsweise den klassischen Physik- oder
11 Mathematiklehrer dann nicht geben würde. Eine solche Umstrukturierung ist nicht
12 umsetzbar und wird im bildungspolitischen Teil des Landeswahlprogramms auch nicht
13 gefordert. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass fächerübergreifender
14 Unterricht mit klassisch ausgebildeten Lehrern in der Praxis regelmäßig als
15 Etikettenschwindel enden würde.

16 Zudem würden sich für die dann in Sachsen-Anhalt für fächerübergreifenden Unterricht
17 ausgebildete Lehrer, die Einsatzmöglichkeiten in anderen Bundesländern ausschließen.

18

19 Notizen während der Debatte:

20

21

22

23

24

25

26

27 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

28 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B30**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Fächer- und Schulformübergreifender Unterricht**

5 Schüler mit Lerndefiziten, Hochbegabung oder einer anderen Muttersprache erhalten eine
6 gesonderte Förderung. Ziel ist die Möglichkeit für jeden Schüler, ein gemeinsames
7 Leistungsniveau zu erreichen. In der weiterführenden Schule nach 6 Jahren werden
8 Hochbegabte gesondert gefördert.

9 **Begründung:** erfolgt mündlich

10

11 Notizen während der Debatte:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **B31**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Schulsozialarbeit an Schulen**

5 An der Schule arbeiten Lehrkräfte, sozialpädagogisches und psychologisches Personal

6 **Begründung:** erfolgt mündlich

7

8 Notizen während der Debatte:

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

23 Weitergeleitet an:

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **B32**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Mitbestimmung an Schulen**

5 Die Schule ist auch eine Schule der Demokratie, Mitbestimmungsrecht von Eltern- und
6 Schülervertretungen sollen auf aktuellem Stand erhalten bleiben.

7 **Begründung:** erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

23 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B33**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Lehrerfortbildung**

5 Die Lehrkräfte bilden sich regelmäßig fort. Der Fortbildungsbedarf ergibt sich aus dem
6 ermittelten Bedarf der Einzelschule und bestimmten Pflichtteilen. Fortbildung und
7 Wissensstand der Lehrer werden im Abstand von fünf Jahren geprüft

8 **Begründung:**

9 Fortbildungen sind heute schon verpflichtender Bestandteil des Lehrerberufs. Die Lehrer
10 besuchen dabei verschiedene Veranstaltungen des LISA, den Stiftungen oder anderen
11 Fortbildungseinrichtungen.

12 In der Realität müssen die Lehrer dort aber nur ihre Zeit ‚absitzen‘, der effektive Nutzen
13 dieser Fortbildungen ist mithin in Zweifel zu ziehen.

14

15 Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B34**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Personalhoheit muss beim Land bleiben**

5 Das Land hat die Personalhoheit. Es setzt sich mit den Schulgremien bei der Besetzung
6 von Stellen ins Benehmen.

7 **Begründung:**

8 Eine vollständige Abgabe der Personalhoheit an die Schulen hätte zum Ergebnis, dass
9 ‚reiche‘ und ‚arme‘ Schulen entstehen. Schulen mit einer finanzkräftigen Elternschaft
10 könnten besonders begabte Lehrer mit höheren Gehältern locken, des ‚armen‘ Schulen
11 verbliebe der ‚Rest‘. Dies verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz. Zumal Lehrer
12 Angestellte des Landes sind und eine andere Regelung die Frage aufwerfen würde, was
13 geschieht, wenn eine Schule geschlossen werden muss, der Vertrag des Lehrers aber
14 durch die Schule länger ausgestellt wurde?!

15

16 Notizen während der Debatte:

17

18

19

20

21

22

23

24

25 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

26 Weitergeleitet an:

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **B35**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Keine Budgetrechte für die Einzelschulen**

5 Eine Übergabe des Budgetrechtes an die Schulen lehnen wir ab.

6 **Begründung:**

7 Entscheidungsgewalt über Investitionen besitzt nur der Schulträger. Gleiches gilt für Mittel
8 der Bauunterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude, die den wesentlichen Teil der an
9 die Schulen fließenden Mittel ausmachen. Alles übrige ist heute schon in der Regel
10 weitgehend budgetiert.

11

12

13

14 Notizen während der Debatte:

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B36**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Kein schulstufen- und schulformübergreifender Lehrereinsatz**

5 Wir lehnen einen schulstufen- und schulformübergreifenden Lehrereinsatz ab.

6 Begründung:

7 Eine Ausbildung zum Grundschul- und Sekundarschullehrer oder Sekundarschul- und
8 Gymnasiallehrer ist im föderalistischen Deutschland nicht durchsetzbar sowie im
9 inhaltlichen Kontext zu hinterfragen.

10

11 Notizen während der Debatte:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **B37**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Keine Abschaffung der Schuleinzugsbereiche**

5 Keine Abschaffung der Schuleinzugsbereiche, aktuelle Schuleinzugsbereiche sollen im
6 bisherigen Status erhalten bleiben.

7 **Begründung:** erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

23 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B38**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Initiative zur Vereinheitlichung des schulischen Bildungssystems

5 Eine sozialdemokratische Landesregierung betreibt in KMK und Bundesrat eine
6 bundesweite Vereinheitlichung der Schulstrukturen, der Bildungsinhalten, Prüfungen und
7 Abschlüssen.

8 Begründung: erfolgt mündlich

9

10 Notizen während der Debatte:

11 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

12 Weitergeleitet an:

13

14 Antrag: **B39**

15 Antragsteller: SV Halle

16 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

17 Wiedereinführung von Kopfnoten

18 Eine sozialdemokratische Landesregierung führt Kopfnoten für alle Klassenstufen wieder
19 ein.

20 Begründung: erfolgt mündlich

21

22 Notizen während der Debatte:

23

24 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **B40**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Einführung von Schulkleidung**

5 Eine sozialdemokratische Landesregierung regt in der nächsten Wahlperiode eine
6 Diskussion über die Einführung von einheitlicher Schulkleidung an.

7 Begründung: erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

11 Weitergeleitet an:

12

13 Antrag: **B41**

14 Antragsteller: SV Halle

15 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

16 **Verbindliche Schullaufbahneempfehlung**

17 Eine sozialdemokratische Landesregierung möge die verbindliche
18 Schullaufbahneempfehlung unter umfassendere Berücksichtigung der Schulnoten in den
19 Kernfächern einführen.

20 Begründung: erfolgt mündlich

21

22 Notizen während der Debatte:

23

24 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK1**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Forderung an das Netzwerk für Demokratie und Toleranz**

- 5 1. Einrichtung von festen Strukturen des Netzwerkes vor Ort
- 6 2. Netzwerk soll seiner Aufgabe gerecht werden, und keine Alibifunktion besitzen
- 7 3. Bessere Verknüpfung der Bildungsträger
- 8 4. Bessere finanzielle und personelle Ausstattung des Netzwerkes durch das Land
- 9 5. Regelmäßige Rechenschaftsberichte des Netzwerkes vor dem Landtag

10 Begründung: erfolgt mündlich

11

12 Notizen während der Debatte:

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK2**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Bürgerentscheid zur Festlegung der Kreissitze**

5 Die Jusos fordern zur Findung der zukünftigen Kreissitze die Durchführung von
6 Bürgerentscheiden in den jeweiligen Landkreisen.

7 Begründung:

8 Den Bürgern der Landkreise wird hiermit ein Mittel der direkten Demokratie gegeben,
9 welches für die zukünftige Struktur und Entwicklung, sowie der persönlichen
10 Identifizierung der Bürger mit ihrem Kreis bietet.

11

12 Notizen während der Debatte:

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK3**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Kreisgebietsreform**

5 Die Jusos fordern eine nachdrückliche und intensive Weiterführung der Pläne zur
6 Kreisgebietsreform mit dem Ziel: 5 Landkreise sowie zwei Kreisfreien Städte.

7 Begründung: erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

11 Weitergeleitet an:

12

13 Antrag: **IAK4**

14 Antragsteller: SV Halle

15 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

16 **Stadt-Umland-Beziehung**

17 Die Jusos fordern die Schaffung von Gesetzen zur Zwangseingemeindung als ein Mittel
18 der Lösung der Stadt-Umlandprobleme.

19 Begründung: erfolgt mündlich

20

21 Notizen während der Debatte:

22

23 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK5**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Stadtumlandproblematik zum Thema machen**

5 Die Jusos fordern die SPD auf, sich stärker für eine Lösung der Stadtumlandproblematik
6 im Rahmen der Kommunalgebietsreform einzusetzen.

7 Begründung: erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

23 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK6**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Behindertenfreundliche und altersgerechte Städte**

5 Die Jusos fordern, dass die Kommunen im Land Sachsen-Anhalt weiter den Weg
6 bestreiten, die Gemeinden und Städte behindertenfreundlicher und altersgerechter zu
7 gestalten. Durch diese Maßnahme wird ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit erzeugt und
8 gegenseitiger Respekt eingefordert und erzielt. Dabei muss die demographische
9 Entwicklung einer jeden Kommune im Mittelpunkt stehen.

10 Folgende Punkte sind dabei zu berücksichtigen:

- 11 1. Finanzkürzungen aufgrund der Haushaltslage dürfen maximal zehn Prozent
12 betragen, um die Behindertenarbeit und den behindertengerechten Ausbau nicht
13 zu gefährden.
- 14 2. Der Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Denkmälern und touristischen
15 Einrichtungen muss behindertengerechter gestaltet werden (Blindenschrift,
16 akustische Wegweiser, gehilfenfreundlicher Ausbau).
- 17 3. Niveaugleiche Zugänge sowie allgemeine Niederflurtechnik im ÖPNV sind
18 unabdingbar.
- 19 4. Der Abschaffung von Diskriminierung soll höchste Priorität eingeräumt werden.

20 Begründung: erfolgt mündlich

21

22 Notizen während der Debatte:

23

24

25

26

27

28 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

29 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK7**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Bürgerhaushalte in Sachsen-Anhalt**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich für eine Ausweitung der Mitbestimmung von
6 Bürgerinnen und Bürgern bei der Aufstellung von kommunalen Haushalten (z. B. in Form
7 von Bürgerhaushalten) aus.

8 Begründung:

9 Warum sollen plötzlich die Bürger und Bürgerinnen mitreden, wenn die Politik in Form
10 von Euro und Cent Gestalt annimmt? Weil Haushaltspolitik eines der wichtigsten
11 Handlungsfelder ist. An den Finanzen entscheidet sich, welche gesellschaftlichen Ziele und
12 Vorstellungen realisiert werden können.

13 Es ist die Idee eines Gemeinwesens, in dem die Bürger und Bürgerinnen direkt die Politik
14 mitbestimmen und für die Gestaltung des öffentlichen Lebens mit Verantwortung
15 übernehmen. Es geht darum, zukünftig der bestehenden repräsentativen Demokratie ein
16 kooperatives Element im Sinne der Bürgerkommune hinzu zu fügen. Im Gegenzug sollen
17 sich die Bürger aber auch an den öffentlichen Aufgaben aktiv beteiligen und sich für das
18 Gemeinwesen engagieren.

19 Der Bürgerhaushalt ist ein erster Schritt dazu. Wir wollen Sie direkt an politischen
20 Entscheidungsprozessen teilhaben lassen. Angesichts der komplexen Problemstellungen,
21 vor denen einzelne Kommunen stehen, sind Entscheidungen über die Köpfe der Bürger
22 und Bürgerinnen hinweg nicht mehr begründbar. Im Gegenteil: Wir brauchen Kompetenz
23 und frische Ideen. Wer wäre da nicht besser geeignet als Sie, die es direkt betrifft?

24 Ziele:

25 Mit dem Bürgerhaushalt wollen wir Eines erreichen: die Gestaltung der Politik im
26 Einvernehmen mit den Bürgern und Bürgerinnen. Wir wollen die Schwerpunkte nach
27 Ihren Bedürfnissen setzen und die Finanzmittel effektiv und gerecht nach Ihren
28 Vorschlägen verteilen. Mehr Transparenz in Haushaltsfragen und ein besseres
29 Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen der Haushaltspolitik möchten wir Ihnen
30 außerdem vermitteln. Aber wir erwarten auch etwas: Mehr Schwung in der
31 Haushaltsdiskussion, unbürokratische Lösungen und neue Denkanstöße, die uns vielleicht
32 im Verwaltungsalltag nicht mehr so leicht fallen.

33 Rechenschaft

34 Nach deutschem Recht ist eine direkte Abstimmung der Bürger und Bürgerinnen über die

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 kommunalen Finanzen nicht möglich. Wir leben in einer repräsentativen Demokratie.
2 Deshalb bleibt die letzte Entscheidung über den Haushaltsplan den gewählten Vertretern
3 und Vertreterinnen überlassen.

4 Alle Ideen, die sich mit geltendem Haushaltsrecht decken und politisch vertretbar sind,
5 sollen auch umgesetzt werden.

6

7 Notizen während der Debatte:

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK8**

2 Antragsteller: KV Quedlinburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen

4 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag:

5 **Hundeführerschein**

6 Der Landtag von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert, eine Verordnung zur Einführung
7 eines theoretischen Sachkundenachweises (»Hundeführerschein«) für das Halten und
8 Führen von Hunden bestimmter Kategorien zu erlassen.

9
10 Inhalt der Verordnung soll sein:

11 Das Halten und Führen von Hunden einer bestimmten Kategorie ist nur mit dem Besitz
12 eines Sachkundenachweises (»Hundeführerschein«) zulässig. Jede Person, die
13 beabsichtigt sich einen Hund der genannten Kategorie zuzulegen, wird verpflichtet im
14 Vorfeld der Anschaffung einen theoretischen Sachkundenachweis zu erbringen.

15
16 I. Kriterien für die nur noch mit Sachkundenachweis zu führenden Hunde.
17 Für folgende Kategorien von Hunden soll ein Sachkundenachweis im Sinne dieser
18 Verordnung gefordert werden:

19 - alle Hunde, die größer als 30 Zentimeter und/oder mehr als 15 Kilo wiegen,
20 unabhängig von Rasse und Herkunft. Diese Hunde müssen mit einem Mikrochip
21 gekennzeichnet werden.

22 Begründung:

23 ***Die aktuelle Situation:***

24 Die in Teilen der Gesellschaft bestehende Angst und Unsicherheit besonders gegenüber
25 größeren Hunden und so genannten »Kampfhunden« macht Maßnahmen erforderlich.
26 Dabei muss vorab geklärt werden, ob es sich hierbei um ein primär kynologisches
27 Problem oder um ein eher humansozilogisches Problem oder aber auch um eine
28 Mischung von beiden handelt.

29 a) Beim kynologischen Ansatz, der einzig den Hund betrachtet, haben sämtliche
30 Fachleute bereits klargestellt, dass bestimmte Rassen nicht a priori als gefährlich
31 oder aggressiv einzustufen sind. Dieser Ansatz entfällt demnach.

32 b) Der humansozilogische Ansatz, der die Aufmerksamkeit auf den Halter richtet,
33 muss sich mit zwei Aspekten befassen:



- 1 1. dem Missbrauch von Hunden (wie im Folgenden definiert)
- 2
- 3 und
- 4 2. der fehlenden Sachkunde vieler Hundehalter.

5 Die in weiten Teilen der Bevölkerung entstandene Angst rührt weniger von einer real
6 vorhandenen Gefahr her als von dem latenten Gefühl der Bedrohung, das einige
7 Menschen im Zusammenhang mit ihren Hunden und durch diese sehr gewollt verbreiten.
8 Diese Form der Hundehaltung hat sich als nicht sozial verträglich und vielfach als in
9 hohem Maße tierschutzrelevant erwiesen. Nicht gemindert wird diese Angst durch
10 unqualifizierte Hundehalter, die sich in Ermangelung einer Möglichkeit der Einwirkung
11 auf ihr meist zwar unerzogenes aber ansonsten völlig friedfertiges Tier auf die mit »Der
12 tut doch nix« zusammenfassbaren Argumentationen zurückziehen.
13 Keine Hunderasse ist laut gängiger Expertenmeinung von Natur aus aggressiv. Dennoch
14 gibt es Rassen/Mischlinge, die wegen ihres Temperaments oder ihrer
15 Charaktereigenschaften höhere Anforderungen an die Sachkunde des Halters stellen oder
16 die grundsätzlich von Missbrauch bedroht sind. Die aktuell massenhaft »in Mode«
17 gekommenen Hunde fallen neben anderen auch unter die o.g. Kategorie. Dies bedeutet
18 klar, dass ein in der Hand eines Halters völlig friedfertiges, ausgeglichenes Tier sich in der
19 Hand eines anderen kurz- oder mittelfristig zu einem völlig neurotischen Tier entwickeln
20 kann (übrigens ist eine solche Entwicklung, sofern sie nicht im Welpenalter stattgefunden
21 hat, in den meisten Fällen reversibel). Versuche der Lösung der oben dargestellten
22 Probleme können daher einzig beim Halter ansetzen.

23 ***Sachkundenachweis***

24
25 Im Sinne von Prävention sollte das Halten und Führen von Hunden einer gewissen Größe
26 und/oder eines gewissen Gewichtes (siehe: Kriterien für die nur noch mit
27 Sachkundenachweis zu führenden Hunde) von dem Besitz eines Sachkundenachweises
28 (»Hundeführerschein«) abhängig gemacht werden, der nur gegen Vorlage eines
29 polizeilichen Führungszeugnisses erlangt werden kann.
30 Ergänzend muss dafür Sorge getragen werden, dass den tierschutzrechtlich relevanten
31 Vorfällen in Zukunft entgegen der zur Zeit gängigen Praxis sofort nachgegangen wird.
32 Verstöße gegen eine solche Auflage müssen im Sinne der Prävention durch empfindliche
33 Strafen geahndet werden.

34 ***Kriterien für die nur noch mit Sachkundenachweis zu führenden Hunde***

35 Hinsichtlich der Festlegung von nur noch mit Sachkundenachweis zu führenden Hunden
36 bietet sich nach reiflicher Überlegung und Meinung von Experten nur ein mögliches und
37 wirklich greifendes Sachkriterium an:

38



1 **Definition eines Grenzwertes aus Größe und Gewicht**

2 Eine willkürliche Auflistung bestimmter zurzeit in Verruf geratender Rassen und deren
3 Mischlinge trifft letztendlich nur die seriösen Hundehalter, die bereits heute als Opfer der
4 allgemeinen Situation anzusehen sind. Die eigentlich gemeinten verantwortungslosen
5 Hundehalter umgehen eine solche Regelung, indem sie auf neue Rassen umsteigen. Opfer
6 einer solchen Regelung sind dann neben den verantwortungsbewussten Haltern
7 letztendlich die Hunde.

8 **Definition nach Größe und Gewicht:**

9 Eine solche Definition hat den Vorteil die Halter aller in Frage kommender Hunde zu
10 umfassen, ist auch von kynologisch weniger Kundigen überprüfbar und behandelt Halter
11 aller Rassen und Mischlinge gleich. Vorteilig ist bei diesem Ansatz, dass sehr viele Halter
12 in diese Kategorie fallen, wodurch auch ein Teil zur artgerechten Haltung und Schutz der
13 Hunde beigetragen wird.

14 **Definition nach Gebrauchs- und Rassekategorien:**

15 Auch diese trifft letztendlich wieder nur die seriösen Hundehalter, die bereits heute als
16 Opfer der allgemeinen Situation anzusehen sind.
17 Die eigentlich gemeinten verantwortungslosen Hundehalter umgehen eine solche
18 Regelung, indem sie auf neue Rassen umsteigen. Opfer einer solchen Regelung sind dann
19 neben den verantwortungsbewussten Haltern letztendlich die Hunde.
20 Wir schlagen daher vor, in Zukunft für das Halten und Führen der wie folgt festgelegten
21 Hunde einen theoretischen Sachkundenachweis des Halters vorzusetzen:

22
23 **- alle Hunde, die größer als 30 Zentimeter und/oder mehr als 15 Kilo wiegen,**
24 **unabhängig von Rasse und Herkunft**

25 Dieser Ansatz ist die einzige Lösung, die präventiv missbräuchlicher oder fahrlässiger
26 Hundehaltung und damit schweren Bissvorfällen vorbeugt. Wir sehen in dieser Lösung
27 eine sinnvolle und vernünftige Maßnahme, die die derzeitig ausufernde Situation
28 langfristig und nachhaltig reguliert.

29 **Vorteile eines Sachkundenachweises (»Hundeführerschein«)**

30 Hiermit ist eine der bestmöglichen Präventivmaßnahmen gegeben. Jede Person, die
31 beabsichtigt, sich einen Hund der genannten Kategorie zuzulegen, wird verpflichtet, im
32 Vorfeld der Anschaffung einen theoretischen Sachkundenachweis zu erbringen.
33 Gleichzeitig dürfte diese Vorgehensweise eine entscheidende abschreckende Wirkung auf
34 solche Personenkreise haben, die sich leichtfertig Hunde bestimmter Rassen bzw.
35 Kategorien zulegen bzw. beabsichtigen, Hunde wie oben beschrieben zu missbrauchen.
36 Darüber hinaus wird es nicht mehr möglich sein, einen Hund als Geschenk zu erwerben
37 und in vielen Fällen wird die Anschaffung eines Hundes nochmals überdacht. Daher

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 dürfte es sehr wahrscheinlich sein, daß weniger Hunde in Tierheimen abgegeben werden.
2 Bedingt durch die Kennzeichnungspflicht mittels Mikrochip ist auch ein Aussetzen der
3 Tiere nicht mehr ohne weiteres möglich, da der Halter ermittelt werden kann.
4

5 ***Vorteile für die Gesellschaft***

6 Ängste und Unsicherheit vor potentieller Aggressivität von Hunden können abgebaut
7 werden. Jeder kann künftig davon ausgehen, dass Hunde der festgelegten Kategorie
8 ausschließlich von sachkundigen und verantwortungsbewussten Haltern gehalten und
9 geführt werden. Die einmal erworbene Sachkunde geht nicht verloren, Hunde dagegen
10 sind auswechselbar.

11 ***Vorteile für die Halter***

12 Die seriösen Halter dieser Hunde sind nicht länger teilweise diskriminierenden
13 Maßnahmen oder Anfeindungen ausgesetzt. Das Image von Hundehaltern wird
14 langfristig verbessert. Verantwortungsvolle Hundehalter distanzieren sich auf diesem Weg
15 eindeutig von Personen, die Hunde missbrauchen, artwidrig halten oder quälen.
16

17 ***Vorteile für die Hunde***

18 Das einzelne Tier wird künftig vor missbräuchlicher, falscher bzw. artwidriger Haltung
19 geschützt und gelangt ausschließlich in die Hände verantwortungsbewusster und
20 sachkundiger Halter. Außerdem entfällt zumindest für die genannten Hunde die Gefahr
21 der unüberlegten Anschaffung und der daraus möglicherweise erwachsenden
22 Konsequenzen.

23 ***Vorteile für den Tierschutz***

24 Es gelangen weniger Hunde in artwidrige/quälerische Haltung. Es werden mittel- und
25 langfristig weniger Tiere unüberlegt angeschafft und anschließend in die Tierheime
26 abgegeben oder ausgesetzt. Die Vermittelbarkeit dieser Tiere wird sich kurzfristig durch
27 die gegebene Rechtssicherheit und mittelfristig durch die eintretende Imageverbesserung
28 viel leichter gestalten. Deshalb stellt ein Sachkundenachweis auch einen entscheidenden
29 Beitrag zum Tierschutz dar.

30 ***Vorteile für seriöse Züchter***

31 Das Image der unter die festgelegten Kategorie fallenden Hunde wird nicht geschädigt,
32 sondern im Gegenteil verbessert. Die Hunde können auch weiterhin gezüchtet und
33 käuflich erworben werden.

34 Notizen während der Debatte:

35 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

36 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK9**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen

4 Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag):

5 **E - Government Masterplan**

6 Die Landesregierung wird aufgefordert einen E - Government Masterplan zu erstellen und
7 umzusetzen

8 Begründung:

9 Nur mit einer effizienten Verwaltung kann den strukturellen Veränderungen, die Sachsen-
10 Anhalt in den nächsten Jahren unterliegt, Rechnung getragen werden.
11 Unter E - Government versteht man die intensive Nutzung der Informationstechnik bei der
12 Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung sowie bei Entscheidungen in
13 Politik, Staat und Verwaltung. Dies schließt zum Beispiel die Möglichkeit einer vollständig
14 elektronischen Abwicklung von Behördengängen ein.

15 In diesem Bereich steht Sachsen-Anhalt noch am Anfang, lediglich ein E - Government
16 Grundkonzept existiert. Es werden nur die Risiken und Unwägbarkeiten gesehen, anstatt
17 die Chancen und Möglichkeiten zu erkennen. Andere Bundesländer, wie z.B.
18 Brandenburg, sind hier bedeutend weiter. Dort existiert bereits ein Masterplan mit
19 konkreten Aktionsplänen und Zeitschienen. Die Erstellung und Umsetzung ist also längst
20 überfällig und schnelles Handeln dringend geboten, um nicht langfristig eine ineffiziente
21 und bürgerferne Verwaltung zu befördern.

22

23 Notizen während der Debatte:

24

25

26

27

28 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

29 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK10**

2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
5 und den Juso-Bundeskongress:

6 **Föderalismusreform**

7 Wir Sozialdemokraten sprechen uns für eine wirkungsvolle Reform des Föderalismus und
8 eine damit einhergehende Straffung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern aus.

- 9 • Wir fordern eine Länderneugliederung nach Art. 29 GG, welche die Zahl der
10 Bundesländer deutlich reduziert.
11 • Wir fordern den Art. 31, Verhältnis von Bundes- und Landesrecht („Bundesrecht
12 bricht Landesrecht.“) nicht aufzuweichen.
13 • Wir fordern eine Änderung des Grundgesetzes, die zur Folge hat, dass der
14 Bundesrat nur noch mit einer Mehrheit von 2/3 vom Bundestag beschlossene
15 zustimmungspflichtige Gesetze endgültig ablehnen kann, außer der Bundestag
16 überstimmt diesen Einspruch ebenfalls mit einer 2/3-Mehrheit.

17 Im Falle einer erneuten Blockade der Föderalismusreform fordern wir die Einberufung
18 einer verfassungsgebenden Versammlung nach Art. 146 GG, deren
19 Verfassungsvorschlag dem deutschen Volke zur Abstimmung vorgelegt wird.

20 Begründung: Diese Forderungen beseitigen nicht den Föderalismus. Prinzipiell lassen Sie
21 auch eine Ausweitung der Länderkompetenzen zu; zudem können die Länder den
22 Bestrebungen des Bundes Kompetenzen zu übernehmen, besser widerstehen, wenn sie
23 ausreichend groß sind, um genügend finanziellen Spielraum zu haben, diese Aufgaben
24 selbst wahrnehmen zu können. Es wird durch diese Forderungen lediglich anerkannt,
25 dass das vom gesamten deutschen Volke gewählte Parlament die Souveränität inne haben
26 sollte frei nach dem Gewissen der in allgemeiner, freier, gleicher, direkter und geheimer
27 Wahl gewählten Vertreter des Volkes Gesetze zu erlassen, welche die Einheitlichkeit der
28 Lebensverhältnisse gewährleisten. Der Föderalismus bundesdeutscher Prägung ist kein
29 wirksamer Mechanismus, um einen erneuten Machtergreifungsversuch extremistischer
30 Gruppierungen zu verhindern. Die Blockadewirkung allerdings, welche zu einer deutlich
31 sichtbaren Unregierbarkeit unserer Republik und einer Handlungsunfähigkeit der Politik
32 führte, bereitet den populistisch nutzbaren Nährboden extremistischer Strömungen. Nur
33 eine handlungsfähige Demokratie kann totalitären Strömungen das Wasser abgraben.

34
35 Abstimmungen:
36 Weitergeleitet an:

Angenommen/Abgelehnt:



- 1 Antrag: **IAK11**
- 2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen

- 4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
5 und den Juso-Bundeskongress:

6 **Veränderung der Wahlperioden**

- 7 Hiermit fordern wir die Bundesregierung auf alle gesetzlichen Formalitäten in die Wege
8 zu leiten, damit eine Bundeslegislaturperiode auf die Dauer von 5 (fünf) Jahren erhöht
9 wird. Im selben Zuge sollen alle Bundesländern ebenso eine Legislaturperiode von 5 (fünf)
10 Jahren erhalten. Die Termine für die Landtagswahlen müssen so gewählt werden, dass sie
11 genau in der Mitte der Bundestagswahlperiode liegen.

12 **Begründung:**

- 13 Die kuriose Situation in Deutschland das fast jedes halbe Jahr in irgendeinem Bundesland
14 Wahlen stattfinden macht es schwierig eine durchgehend politische Arbeit zu leisten.
15 Politiker sind immer vom anstehenden Wahlkampf beeinflusst. Der Trend zur
16 Verlängerung der Wahlperioden hat mittlerweile Einzug in viele Landesverfassungen
17 genommen. Verlängert man die Wahlperiode für den Bundestag ebenso auf fünf Jahre
18 und gleicht man die Wahltermine aller Landeparlamente auf einen bestimmten Tag, der
19 etwa in der Mitte der Bundestagswahlperiode liegt erspart man dem Bürger einen ständig
20 anstehenden Wahlkampf. Ebenso wird die Macht des Bundesrates und des Bundestages
21 in jeweils zum entsprechenden Wahltermin gestärkt, weil immer ein entsprechendes
22 Meinungsbild des Wählers abgebildet wird. Daher ist es anzustreben die Termine für die
23 Wahlperioden anzugleichen.

24

25 Notizen während der Debatte:

26

27

28

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

30 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK12**

2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag:

5 **Zwei Legislaturperioden**

6 Hiermit fordern wir die Bundesregierung auf alle gesetzlichen Formalitäten in die Wege
7 zu leiten, damit eine deutsche Bundeskanzlerin, ein deutscher Bundeskanzler maximal für
8 2 (zwei) Legislaturperioden wieder gewählt werden kann.

9 **Begründung:**

10 Eine ewige Kanzlerin oder ein ewiger Kanzler bringt Deutschland nicht weiter. 14 Jahre
11 Adenauer und 17 Jahre Kohl haben gezeigt, dass am Ende der Regierungszeiten die
12 politische Macht der Kanzler nur noch von deren Bestand im Amte bestimmt wurde. Um
13 gerade die politische Handlungsfähigkeit zu sichern, ist es sinnvoll über eine
14 Beschränkung auf maximal zwei aufeinander folgende Legislaturperioden nachzudenken.
15 Da sich die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler am Ende der zweiten
16 Legislaturperiode nicht einer Wiederwahl stellen muss, erreicht die politische Arbeit eine
17 höhere qualitative Stufe und ist somit besser für die Bürger und das Land.

18

19 Notizen während der Debatte:

20

21

22

23

24

25

26 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

27 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK13**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft**

5 Wir Jusos des Landes Sachsen-Anhalt fordern die Bildung einer Europäischen
6 Verteidigungsgemeinschaft mit dem Ziel einer Europäischen Armee.

7 **Begründung:**

8 Die Veränderungen in der Welt machen es unverzichtbar, dass Europa in Außen- und
9 Sicherheitspolitischen Fragen mit einer Stimme spricht. Nur ein geeintes Europa hat die
10 Chance, bei den sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21ten Jahrhunderts die
11 Rolle eines gewichtigen Korrektivs zu übernehmen

12

13 Notizen während der Debatte:

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

25 Weitergeleitet an:

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **IAK14**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress:

5 **Entwicklungshilfe**

6 Angesichts immer häufiger auftretender Hungerkatastrophen in allen Teilen der Welt
7 rufen wir die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, ihren Verpflichtungen für

8 mehr Entwicklungshilfe endlich nachzukommen und ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe
9 auf 0,7 % des BIP anzuheben.

10 **Begründung:** erfolgt mündlich

11

12 Notizen während der Debatte:

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:



1 Antrag: **IAK15**

2 Antragsteller: KV Quedlinburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag:

5 **Residenzpflicht für Flüchtlinge**

6 Der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert die
7 Bundestagsfraktion der SPD auf, sich für die Abschaffung der Residenzpflicht für
8 Flüchtlinge einzusetzen.

9 Die Residenzpflicht ist im Asylbewerberverfahrensgesetz § 56 geregelt.

10 **Begründung:**

11 Das Residenzpflichtgesetz ist ein Gesetz, das nur für die Flüchtlinge
12 in Deutschland gilt, die sich noch in ihrem Asylverfahren befinden,
13 und besagt, dass sich die Flüchtlinge nur in dem Landkreis, in dem sich
14 ihre zuständige Ausländerbehörde befindet, aufhalten dürfen. Es gilt
15 seit 1982; einige Flüchtlinge sind ihm schon seit mehr als neun Jahren
16 ausgesetzt. Nach § 56 AVfG (Asylverfahrensgesetz) kann ein Verstoß
17 dagegen zu einer Geldstrafe bis 2.500 Euro oder Gefängnisstrafe bis zu
18 einem Jahr führen. Bei mehrmaligem Verstoß droht ein
19 Ausweisungsbescheid, d. h. die Abschiebung. Zum Verlassen des
20 Landkreises kann in Ausnahmefällen von der Ausländerbehörde eine
21 Reiseerlaubnis erteilt werden, auch wenn es sich nur um fünf Meter
22 außerhalb handelt. Dieses Gesetz gilt für alle Bundesländer, in
23 einigen Landkreisen müssen die Flüchtlinge für eine Reiseerlaubnis bezahlen. Die
24 Residenzpflicht dient der Isolation und dem gesellschaftlichen Ausschluss von Flüchtlingen.

25 Häufig liegen Asylheime in abgelegenen, ländlichen Gebieten. Die Residenzpflicht für
26 Flüchtlinge existiert nur in Deutschland. Wer die Residenzpflicht verletzt wird mit bis zu
27 2.500 Euro oder mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft bezahlen. Die Politik muss
28 endlich bereit sein diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Gerade Sozialdemokratinnen und
29 Sozialdemokraten müssen mehr auf Integration, als Isolation setzen. Wir sind eine Partei,
30 die die Würde aller Menschen vertritt. Deshalb muss dieses Gesetz abgeschafft werden.

31

32 Notizen während der Debatte:

33 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

34 Weitergeleitet an:

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **01**

2 Antragsteller: KV Halberstadt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Singen der Internationale**

5 Zum Abschluss der LDK 2005 singen die Jusos gemeinsam die Internationale.

6 **Begründung:**

7 Liedtext:

8 Wacht auf, verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt! Das Recht
9 wie Glut im Kraterherde nun mit Macht zum Durchbruch dringt. Reinen Tisch macht mit
10 dem Bedränger! Heer der Sklaven, wache auf! Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
11 alles zu werden, stürmt zuhauf.

12 **Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das**
13 **Menschenrecht! Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale**
14 **erkämpft das Menschenrecht.**

15 Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun. Uns aus dem Elend
16 zu erlösen, können wir nur selber tun! Leeres Wort: des Armen Rechte! Leeres Wort: des
17 Reichen Pflicht! Unmündig nennt man uns und Knechte, duldet die Schmach nun länger
18 nicht!

19 **Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das**
20 **Menschenrecht! Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale**
21 **erkämpft das Menschenrecht.**

22 In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Partei'n. Die Müßiggänger
23 schiebt beiseite! Diese Welt wird unser sein; unser Blut sei nicht mehr der Raben und der
24 nächt'gen Geier Fraß! Erst wenn wir sie vertrieben haben, Völker, hört die Signale! Auf,
25 zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

26

27 Notizen während der Debatte:

28

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: _____/_____/_____

30 Weitergeleitet an: _____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **O2**

2 Antragsteller: KV Halberstadt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Mitgliederentscheid über Koalitionsverhandlungen**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich dafür ein, die Satzung des Landesverbandes der
6 SPD Sachsen-Anhalt dahingehend zu ändern, dass über den Abschluss einer Koalition
7 ein Mitgliederentscheid innerhalb des SPD Landesverbandes entscheidet. Die dafür
8 erforderliche Satzungsänderung soll umgehend als Antrag zum Landesparteitag gestellt
9 werden.

10 **Begründung:**

11 Erfolgt mündlich

12

13 Notizen während der Debatte:

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

25 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **O3**

2 Antragsteller: KV Westliche Altmark

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

5 **Bildung einer Arbeitsgruppe "Schwusos in der SPD" auf Landesebene**

6 Auf dem nächsten SPD-Landesparteitag stellt der Juso-Landesverband den Antrag auf
7 Bildung der „AG Schwusos“ in der SPD in unserem Landesverband.

8 **Begründung:**

9 Der Antragsteller vertritt die Ansicht, dass im Landesverband eine Arbeitsgruppe für die
10 Vertretung der Belange Schwuler, Lesben und Transgender zwingend erforderlich ist.
11 Die Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes durch die Bundesregierung unter
12 Rot-Grün war wichtig und absolut richtig. Die Diskussionen um dieses Gesetz haben
13 jedoch gezeigt, dass noch weitergehendere Verbesserungen zur Gleichstellung der
14 eheähnlichen Lebenspartnerschaften mit der Ehe zwischen Heterosexuellen notwendig
15 sind. Mit einer Arbeitsgruppe „Schwusos in der SPD“ können wir aktiv an
16 innerparteilichen Debatten zu diesen und anderen Homo-Themen teilnehmen. Der Bedarf
17 zur Gründung dieser AG ist aus Sicht des Antragstellers vorhanden.

18

19 Notizen während der Debatte:

20

21

22

23

24

25

26 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

27 Weitergeleitet an:_____



1 Antrag: **O4**

2 Antragsteller: KV Westliche Altmark

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag, an den SPD-Bundesparteitag

5 **Änderung der Finanzordnung**

6 Auf dem nächsten SPD-Landesparteitag stellt der Juso-Landesverband den Antrag zur
7 Weiterleitung an den nächsten ordentlichen Bundesparteitag zur Änderung der
8 Finanzordnung der SPD.

9 Statut der SPD, S. 78, Änderung des Unterabschnittes (2)

10 „Für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der
11 monatliche Beitrag 2,50 Euro.“

12 in

13 „Für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen kann die
14 Mitgliedschaft kostenlos sein.“

15 Begründung:

16 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit,
17 dazu gehört auch, den Menschen aller sozialen Schichten ein Mitsprache- und
18 Mitgestaltungsrecht zu ermöglichen.

19 In der bisherigen Festlegung von 2,50 Euro Mitgliedsbeitrag pro Monat sieht der
20 Antragsteller eine Ausgrenzung von sozial benachteiligten Bürgern. Um diesen Menschen
21 mit keinem oder geringfügigem Einkommen die Mitarbeit in unserer Partei zu
22 ermöglichen, sollte die Einführung einer kostenlosen Mitgliedschaft durch den
23 Parteivorstand geprüft werden.

24

25 Notizen während der Debatte:

26

27 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

28 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **O5**

2 Antragsteller: Juso-Landesvorstand

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Vorbereitung einer neuen Satzung**

5 Der LAK „Zukunftsorientierte Juso-Arbeit“ wird beauftragt, bis zur LDK 2006 einen
6 Entwurf für eine neue Satzung des Juso-Landesverbandes Sachsen-Anhalt zu erarbeiten.

7 **Begründung:** erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

23 Weitergeleitet an: _____



1 Antrag: **O6**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **AG Probemitgliedschaft**

5 Der Landesvorstand wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe „Probemitgliedschaft“
6 einzurichten, die folgende Punkte bearbeitet:

- 7 1. Es soll eine Bilanz über die Erfahrungen mit der reinen Juso-Mitgliedschaft, den
8 sogenannten „grauen Zetteln“, im Landesverband Sachsen-Anhalt erarbeitet werden.
9 2. Es sollen Überlegungen über andere Modelle der Probemitgliedschaft bei den Jusos
10 und in der SPD angestellt werden. Sollten dabei positive Erkenntnisse gewonnen
11 werden, sollen diese in abstimmungsfähiger Form der Landesdelegiertenkonferenz zur
12 Beschlussfassung und Weiterleitung an den Landesparteitag und Bundesparteitag
13 vorgelegt werden.

14 Sollten bis zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz keine Ergebnisse der Arbeitsgruppe
15 vorliegen, ist das Projekt in das nächste Landesarbeitsprogramm aufzunehmen.

16 **Begründung:**

17 Die „graue Zettel“-Mitgliedschaft bei den Jusos ist eine Form der Mitarbeit im Juso-
18 Verband, der in anderen Landesverbänden, besonders in den alten Bundesländern, nicht
19 praktiziert wird. Ziel dieser außerordentlichen Mitgliedschaft ist zum einen die Stärkung
20 der Arbeit des Juso-Verbandes und zum anderen die Heranführung junger Menschen an
21 die Mutterpartei.

22 Nach den vielen Jahren mit dieser Praxis gilt es nun, unvoreingenommen Bilanz zu
23 ziehen und so möglicherweise eine Verbesserung dieser Einrichtung zu erzielen.

24 Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung einer Probemitgliedschaft in der SPD, wie es sie
25 auch in anderen Parteien gibt. Dies ist tiefgreifend zu prüfen, um den entsprechenden
26 Gremien einen durchdachten Vorschlag vorlegen zu können.

27

28 Notizen während der Debatte:

29

30 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

31 Weitergeleitet an:_____



1 Antrag: **07**

2 Antragsteller: KV Mansfelder Land, KV Sangerhausen

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Satzungsänderungen im Zuge der Kreisgebietsreform**

5 Die Jusos der o.g. Kreisverbände beantragen die Satzung der Jungsozialistinnen und
6 Jungsozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ändern, damit sich
7 Juso Kreisverbände die bereits zusammenarbeiten und im Zuge der Kreisgebietsreform
8 auch zusammen kommen, zu einem Kreisverband zusammenschließen können.

9 Die Formulierung im §2 der Richtlinien des Juso Landesverbands im 2. Absatz durch die
10 Formulierung "auch Kreisübergreifend" ergänzt wird.

11 Begründung:

12 Folgende Vorteile sehen wir:

- 13 - bessere und einfacherer Struktur, wenn bereits wie eine Gruppe zusammen
- 14 gearbeitet wird
- 15 - durch Zusammenschluss größere Teilnehmerzahl bei allen Veranstaltungen, vor
- 16 allem in Struktur schwachen Landstrichen
- 17 - durch mehr Leute bei den Veranstaltungen kommt bessere Stimmung und damit
- 18 auch bessere Arbeit und Politik zustande
- 19 - Zukunftsweisende Strukturen, auch als Zeichen an die Politik, da wir der
- 20 Kreisgebietsreform vorgreifen!

21 Deshalb fordern wir, die Juso Kreisverbände Sangerhausen und Mansfelder Land, die
22 Möglichkeit uns zusammenschließen zu können!

23

24 Notizen während der Debatte:

25

26

27

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

29 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **O8**

2 Antragsteller: KV Stendal

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Satzungsänderung zur Delegiertenberechnung**

5 Die Satzung der Jusos Sachsen-Anhalt wird um folgenden Satz ergänzt:

6 Die Grundlage für die Berechnung der Delegiertenmandate zur
7 Landesdelegiertenkonferenz ist die Anzahl der Juso-Mitglieder.

8 **Begründung:**

9 erfolgt mündlich

10

11 Notizen während der Debatte:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

23 Weitergeleitet an: _____



1 Antrag: **09**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Einbeziehung aller Juso-Mitglieder in die Delegiertenberechnung**

5 Alle Juso-Mitglieder werden bei der Berechnung der Delegiertenschlüssel für die
6 Landesdelegiertenkonferenz einbezogen.

7 Dazu ist § 4 Abs.2 der Richtlinien der AG der Jusos in der SPD Sachsen-Anhalt wie folgt
8 zu ändern:

9 „Die Konferenz setzt sich aus 60 Delegierten zusammen. Die Mandate werden anteilig
10 der Anzahl der Juso-Mitglieder in den **SPD Juso**-Kreis- und Stadtverbänden errechnet,
11 wobei jeder Kreis- bzw. Stadtverband mindestens ein Mandat erhält. Dieses Mandat wird
12 auf die Vergabe der weiteren Mandate angerechnet. Die Delegierten werden auf einer
13 Vollversammlung aller Jusos der jeweiligen **SPD Juso**-Kreis- bzw. Stadtverbände gewählt.
14 [...]„

15 **Begründung:**

16 Zwar genießen nach § 1 Abs.4 Richtlinien der AG der Jusos in der SPD Sachsen-Anhalt
17 auch Juso-Mitglieder, die nicht Mitglied der SPD sind, ein „aktives und Passives
18 Wahlrecht bei Juso-internen Wahlen und Abstimmungen“, bei der Bestimmung der
19 Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz nach § 4 Abs.2 der Juso-Richtlinien
20 bleiben sie jedoch außen vor.

21 Dies widerspricht nicht nur der inneren Logik der Richtlinien, sondern auch der Intention
22 bei der Aufnahme der sogenannten „Grauen Zettel“-Mitglieder. Diese sollen innerhalb
23 der Jusos vollberechtigte Mitglieder sein und sind dementsprechend zu behandeln und
24 daher auch bei der Bestimmung von Delegierten zu berücksichtigen.

25 Um dem gerecht zu werden, bedarf es einer Änderung der Richtlinien, wobei die oben
26 beantragte Änderung die pragmatischste sein dürfte.

27

28 Notizen während der Debatte:

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

30 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **O10**

2 Antragsteller: KV Halberstadt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Abschaffung der Quote**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Abschaffung der Quote in der SPD und bei den
6 Jusos.

7 **Begründung:** erfolgt mündlich

8

9 Notizen während der Debatte:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

23 Weitergeleitet an: _____



1 Antrag: **O11**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verstärken**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich für eine intensivere Zusammenarbeit mit den
6 Gewerkschaften im Land aus.

7 **Begründung:**

8 Im Zuge der Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung kam es bedauerlicherweise zu
9 einer Verschlechterung des Verhältnisses untereinander. Dieser Entwicklung sollten wir als
10 Junge Sozialdemokraten entgegenreten.

11 Die Geschichte unserer Partei basierte über Jahrzehnte auf einer hervorragenden
12 Kooperation untereinander. Zusammen waren wir es, die es geschafft haben, dass
13 sozialgerechte Arbeitsbedingungen in unser Leben eingekehrt sind. Wir sollten diese
14 Kooperation nicht für tagespolitische Aktionen aufs Spiel setzen.

15 Insbesondere sollte die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und
16 Wissenschaft wieder intensiviert werden. Die SPD Sachsen-Anhalt als kommende
17 Regierungspartei sollte nicht leichtfertig auf diese vorhandene Ressource verzichten, denn
18 explizit in der Hochschulpolitik stellten die Gewerkschaften für viele Jusos einen
19 hervorragenden Partner dar.

20 Aus unserer politischen Tradition ergibt es sich, dass wir und nur wir, die Partei sind die
21 für eine verlässliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften stehen kann. Wir sind in
22 der Verantwortung dieses Feld nicht den Populisten und Träumern zu überlassen, sondern
23 in Zukunft wieder eine Politik zumachen, welche eine sozialdemokratische Handschrift
24 steht.

25

26 Notizen während der Debatte:

27

28

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

30 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **O12**

2 Antragsteller: KV Mansfelder Land

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Tagungsgetränke**

5 Der KV ML beantragt Bier als Tagungsgetränk für LDK und LA offiziell zuzulassen.

6 **Begründung:**

7 Statt teure Getränke wie Cola und Wasser, wollte Bier als Tagungsgetränk zugelassen
8 werden, da dies eine Kostenersparnis für den LV mit sich bringt.

9 Rechenbeispiel:

10 0,5l Coca Cola= ca.0,70€ / 0,5l Sternburg Export = ca. 0,40 Euro inkl. Pfand

11 Pro 0,5l also 0,30 Euro Ersparnis! Bei 200l sind dies ca. 120 Euro Ersparnis!

12

13 Notizen während der Debatte:

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

23 Weitergeleitet an:_____



1 Antrag: **UVE 1**

2 Antragsteller: AG WiSo über Juso-Landesvorstand

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Wirtschaftsfaktor erneuerbare Energien**

5 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich unter Berücksichtigung der positiven Aspekte für den
6 Arbeitsmarkt mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass der
7 Wirtschaftsfaktor erneuerbare Energien in Sachsen-Anhalt noch besser ausgenutzt wird.
8 Dazu soll insbesondere die Schnittstelle zwischen universitärer Forschung und den
9 mittelständischen Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien gestärkt werden.

10 **Begründung:** Die Förderung erneuerbarer Energien in den vergangenen Jahren hat zur
11 Schaffung zahlreicher zukunftsorientierter fester Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt geführt.
12 (z.B. im Bereich der Windkraft in Magdeburg) Bundesweit stieg die Anzahl der
13 Beschäftigten im Bereich der Nutzung erneuerbarer Energien von 70.000 im Jahr 1998
14 auf ca. 130.000 im Jahr 2004. (Quelle: Broschüre „Erneuerbare Energien in Zahlen des
15 BMU, Stand: Juni 2005, S. 19) In Sachsen-Anhalt sind derzeit ca. 7.500 Arbeitnehmer
16 im Bereich Erneuerbare Energien beschäftigt.

17 Diese Anzahl kann nur als Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung gelten. Der zu
18 erwartende weitere Preisanstieg fossiler Brennstoffe und der Klimaschutz machen es umso
19 wichtiger, den Anteil erneuerbarer Energien am primären Energieverbrauch weiter zu
20 erhöhen. Diese Notwendigkeit kann das Land Sachsen-Anhalt ausnutzen. Eine
21 Versorgung mit „sauberer Energie“ ist auch ein Standortfaktor. Daneben muss es das Ziel
22 sein, die ökonomische Effizienz erneuerbarer Energien konkurrenzfähig zu machen.

23 Schon heute gibt es zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen im Sachsen-Anhalt, die
24 auf diesem Gebiet erfolgreich tätig sind. Die Verknüpfung dieser Unternehmen mit den
25 ansässigen Hochschulen zu einem Innovationsnetz kann dabei ein Weg sein. Die
26 erneuerbaren Energien sind einer der wichtigsten Bausteine einer nachhaltigen und
27 innovativen Energiepolitik, die für Preisstabilität, Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze
28 sorgt.

29

30 Notizen während der Debatte:

31

32

33

34

35 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

36 Weitergeleitet an:_____



1 Antrag: **UVE 2**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress:

5 **Weitere Förderung von regenerativen Energieformen**
6 **und neuen Technologien in der Verkehrstechnik**

7 Die Jusos fordern die neue Bundesregierung dazu auf, regenerative Energieerzeugung
8 weiterhin zu befördern und neue Technologien in der Energietechnik, wie
9 Brennstoffzellenmotoren und Hybridmotoren, durch Investitionen in Forschung und
10 Entwicklung, vermehrt zum Einsatz zu verhelfen.

11 **Begründung:**

12 Um sich in Zukunft der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen besser entziehen zu
13 können, muss auch in den kommenden Jahren die Förderung regenerativer Energien weit
14 oben auf der Agenda stehen. Die umweltpolitischen Begleiterscheinungen des Einsatzes
15 fossiler Brennstoffe werden in Zukunft ebenfalls eine verstärkte Nutzung regenerativer
16 Energieformen und eine effizientere Nutzung fossiler Energieträger befördern.
17 Darüber hinaus ist der Bereich der regenerativen Energiegewinnung ein wichtiger
18 Wirtschaftsfaktor in Sachsen-Anhalt.
19 Eine neue Regierung im Bundestag kann für die Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig
20 vielfach die Zeit zurück drehen, dies muss von Anbeginn energisch bekämpft werden.

21

22 Notizen während der Debatte:

23

24

25

26

27 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

28 Weitergeleitet an: _____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **UVE 3**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion:

5 **Grüne Gentechnikfreie Zone**

6 Wir Jusos des Landes Sachsen-Anhalt sprechen uns für eine **Grüne Gentechnikfreie Zone**
7 im gesamten Landesgebiet aus.

8 **Begründung:** erfolgt mündlich

9

10 Notizen während der Debatte:

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

23 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **UVE 4**

2 Antragsteller: KV Bernburg

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an die Juso Bundesdelegiertenkonferenz, SPD Landesparteitag:

5 **LKW - Überholverbot auf zweispurigen Autobahnen**

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich für ein LKW Überholverbot auf zweispurigen
7 Autobahnen aus.

8 **Begründung:**

9 Die sogenannten Elefantenrennen von überholenden LKWs auf zweispurigen Autobahnen
10 gefährden die Autofahrer im erhöhten Maße. Die deutliche geringere Geschwindigkeit
11 der Lastkraftwagen zwingt hinterherfahrende Autofahrer zu starken Bremsen. Dies
12 verursacht nicht nur viele Unfälle sondern erhöht auch das Staurisiko.

13 Das Überholverbot in Sachsen-Anhalt kann durch das Anbringen entsprechender
14 „Überholverbotsschilder“ (**Überholverbot für Kraftfahrzeuge über 2,8t Nr. 277, STVO**) in
15 Sachsen-Anhalt zu realisieren bis entsprechende Bundesgesetze erlassen werden.

16

17

18 Notizen während der Debatte:

19

20

21

22

23

24

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

26 Weitergeleitet an: _____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **UVE 5**

2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag:

5 **Faktisch 0,0 Promille im Straßenverkehr**

6 Hiermit fordern wir die Bundesregierung auf alle gesetzlichen Formalitäten in die Wege
7 zu leiten, damit das Führen eines Kraftfahrzeugs nur ohne vorherigen Alkoholverzehr
8 vorgenommen werden kann. Dies entspricht der Einführung einer 0,1 Promillegrenze für
9 alle Kraftfahrzeugführer.

10 **Begründung:**

11 Alkoholverzehr und das Führen eines Kraftfahrzeuges im Straßenverkehr passen nicht
12 zusammen. Selbstüberschätzung führt zu Unfällen und kann im Extremfall Menschenleben
13 kosten. Es soll der einfache Grundsatz gelten: „Wer fahren will darf keine Alkoholika
14 trinken und wer trinkt der darf nicht mehr Auto fahren!“. Da die Einnahme von
15 bestimmten Medikamenten, z.B. Hustensaft, zu einem temporären Vorkommen von
16 Alkoholanteilen in der Atemluft führen kann, soll erst ab einem Alkoholspiegel von mehr
17 als 0,1 Promille entsprechend drastische Strafen verhängt werden. Eine Alkoholfahrt
18 gefährdet nicht nur die Führerin oder den Führer des Fahrzeuges, sondern auch
19 unschuldige und unbeteiligte Menschen.

20

21 Notizen während der Debatte:

22

23

24

25

26

27 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

28 Weitergeleitet an: _____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **UVE 6**

2 Antragsteller: KV Stendal

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion:

5 **Prinzipielles Alkoholverbot für alle Führer von Kraftfahrzeugen**

6 Für alle Führer von Kraftfahrzeugen gilt ein prinzipielles Alkoholverbot. In der Zeit in der
7 ein Kraftfahrzeugführer ein Fahrzeug bewegt darf er nicht unter dem Einfluss von Alkohol
8 oder anderen bewusstseinsverändernden Substanzen stehen.

9 **Begründung:**

10 Durch Alkoholeinfluss geschehen viele Verkehrsunfälle, um den Anteil dieser auf ein
11 Minimum zusenken muss Alkohol am Steuer verboten werden! Durch die bisher
12 bestehende Toleranz bis 0,5 Promille kommt dazu das viele Kraftfahrer diese Grenze
13 versuchen auszureizen und sie dabei überschreiten und nicht zu selten aufgrund von
14 Alkoholeinfluss einen Unfall verursachen. Deshalb müssen Menschenleben geschützt, und
15 Alkohol am Steuer verboten werden.

16

17 Notizen während der Debatte:

18

19

20

21

22

23

24

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

26 Weitergeleitet an:_____



1 Antrag: **UVE 7**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Regionalbahnen gut zu Vögeln**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich für die Teil-Umlackierung der Regionalbahnen in
6 die Farbe rot-grün aus. Die Jusos unterstützen damit die Forderung der Deutschen
7 Ornithologen-Gesellschaft für Lackierungen an Nahverkehrsbahnen, die das Zugverhalten
8 der Vögel nicht stören.

9 **Begründung:**

10 Eines der Hauptthemen des 24. Internationalen Ornithologen Kongresses vom 13. bis 19.
11 August 2006 wird das Veränderte Zugverhalten von Vögeln sein.

12 Wichtigste ökologische Ursache des Vogelzugs ist das jahreszeitlich extrem
13 unterschiedliche Nahrungsangebot in den Brutgebieten: Während Insektenfresser zum
14 Beispiel im Umkreis der Ostsee im Frühjahr und Sommer reichlich Nahrung vorfinden, ist
15 es dort im Winter derart kalt, dass kaum noch Insekten umherfliegen und große
16 Vogelpopulationen daher unter Nahrungsmangel leiden und zugrunde gehen würden.
17 Umgekehrt versammeln sich in den weiter südlich gelegenen Winterquartieren derart viele
18 Vögel, dass auch dort die Nahrung zu knapp wird, als dass noch Eier gelegt und die
19 Jungvögel später mit Nahrung versorgt werden könnten.

20 Der kräftezehrende Vogelzug ist insofern gewissermaßen eine "Notlösung" (genauer:
21 eine evolutionäre Anpassungsleistung) jener Vogelarten, die grundsätzlich nur in einem
22 relativ warmen Klima überleben können, im Verlauf der Stammesgeschichte aber eine
23 Ausweg gefunden haben, um auch vergleichsweise unwirtliche Gebiete besiedeln zu
24 können.

25 Das veränderte Zugverhalten ist nicht nur mit der Klimaerwärmung zu begründen,
26 sondern auch einer Verwirrung durch unterschiedliche Farben am Boden. Besonders
27 beeinflusst werden die Vögel von Warnfarben. Die häufigste, da eine der auffälligsten,
28 Warnfarbe ist die Farbe Rot. So ist zum Beispiel das Haltesignal von Verkehrsampeln rot,
29 des Gleichen haben Warn- und Verbotsschilder einen roten Rand oder sind gleich ganz
30 in rot gehalten (z. B. Stoppschild). Die Verwendung von Rot als Warnfarbe ist nicht auf
31 den menschlichen Bereich beschränkt, sondern ist auch bei Tieren und Pflanzen
32 anzutreffen. Hier bezeichnet die Warnfarbe eine besonders auffällige Färbung. Giftige
33 Insektenarten warnen durch ein auffälliges Äußeres. Andere Arten ahmen die Wirkung
34 der Warnfarbe nach.

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Die rot lackierten Regionalbahnen im Bereich Sachsen-Anhalt stören die Hauptzugbahn
2 der Vögel besonders stark. Erste Studien haben bewiesen, dass eine teilweise
3 Umlackierung der Züge mit der Farbe Grün diese Verwirrung bei Vögeln nicht mehr
4 verursacht. Einen fahrenden Zug mit der Lackierung grün im unteren Bereich und rot im
5 oberen Teil, nehmen Vögel auf Grund der Trägheit ihrer Augen nicht als Warnsignal
6 wahr. Hier werden eher Assoziationen an eine Mohnblumenwiese bei den Vögeln
7 geweckt!

8 Siemens und Bombardier haben in diesem Frühjahr dazu mit dem Storchenhof in Loburg
9 umfangreiche Test durchgeführt und sind zu diesem Ergebnis gekommen. Eine
10 Teilumlackierung kommt dem Land und der NASA auch billiger als eine
11 Komplettlackierung.

12

13 Notizen während der Debatte:

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

28 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **WiSo 1**

2 Antragsteller: KV Halberstadt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an alle Bundestags-Fraktionen:

5 **Die Tobin Tax muss kommen!**

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern alle SPD-Bundestagsabgeordneten dazu auf, sich für
7 die Einführung der Tobin Tax auf europäischer Ebene zur Regulierung der Finanzmärkte
8 einzusetzen.

9 **Begründung:** Die sogenannte **Tobin-Steuer** ist die Idee einer Steuer auf internationale
10 Devisengeschäfte, genauer die Besteuerung kurzfristiger Spekulationen mit ausländischen
11 Währungen zum Beispiel im Internetbankhandel, welche 1975 von James Tobin,
12 Nobelpreisträger für Wirtschaft, vorgeschlagen wurde. Auf diese Weise sollte es
13 ermöglicht werden, Finanzspekulationen einzudämmen, die vor allem kleineren
14 Wirtschaftssystemen mit "schwachen" Währungen große Probleme oder gar
15 Katastrophen bereiten.

16 Der von Tobin erdachte Steuersatz dafür liegt extrem niedrig (zwischen 0,05 und ein
17 Prozent). Besteuert würden alle grenzüberschreitenden Geldtransfers mit dieser
18 einheitlichen Steuerlast. Für den Laien mag der von Tobin vorgeschlagene Steuersatz zu
19 niedrig erscheinen, um wirklich etwas bewirken zu können. Tatsächlich sind für
20 Devisenhändler aber selbst vier Stellen hinter dem Komma (genannt Pip) relevant. Da es
21 sich beim spekulativen Devisenhandel oft um das so genannte second trading oder minute
22 trading handelt, wirkt sich eine Besteuerung auf die Geschäfte eines Traders also stark
23 aus.

24

25 Notizen während der Debatte:

26

27

28

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

30 Weitergeleitet an:_____



1 Antrag: **WiSo 2**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an die Bundesregierung:

5 **Reduzierung der Agrarsubventionen**

6 Wir Jusos fordern die Bundesregierung dazu auf, einen festen Zeitplan für die
7 **Reduzierung der Agrarsubventionen** zu erstellen. Im Gegenzug soll das Geld dem
8 Wissenschaftsstandort Deutschland zu Gute kommen.

9 **Begründung:**

10 Deutschland ist längst kein traditioneller Agrarstaat mehr, sondern viel mehr ein
11 Forschungs- und Innovationsstandort. Dem müssen auch die Subventionen angepasst
12 werden. Verschiedene Wirtschaftsbereiche Deutschlands wurden schon Schauplatz eines
13 Technologiewandels, wie er momentan auch in der Landwirtschaft festzustellen ist.

14 Wenn Subventionen in diesem Bereich dazu dienen den Technologiewandel möglichst
15 verträglich und positiv ablaufen zu lassen, ist darin auch kein negativer Aspekt zu sehen.
16 Bei den Subventionen für den Agrarsektor ist dies aber nicht zu beobachten, die
17 Subventionen werden als reguläres Einkommen betrachtet und nicht für einen Umbau der
18 Wirtschaft eingesetzt, um dem Technologiewandel besser zu vollziehen.

19 Dieses Vorgehen wird der wirtschaftlichen Gesamtsituation nicht mehr gerecht. Aus
20 diesem Grund fordern wir einen verstärkten Einsatz freiwerdender Mittel in Innovation
21 und Forschung.

22

23 Notizen während der Debatte:

24

25

26

27

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: _____/_____/_____

29 Weitergeleitet an: _____



1 Antrag: **WiSo 3**

2 Antragsteller: AG WiSo über Juso-Landesvorstand

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Chancen der alternden Gesellschaft erkennen und nutzen

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich für eine bessere Zusammenarbeit der
6 Generationen aus. Wir fordern eine öffentliche Debatte über die Möglichkeiten, welche
7 sich durch die steigende Anzahl der über 65-jährigen bietet.

8 Begründung:

9 Aus der 3. regionalen Bevölkerungsprognose des statistischen Landesamtes ergibt sich,
10 dass im Jahr 2020 ca. 27,1% der Landesbevölkerung 65 Jahre oder älter sein wird
11 (2002 – 19%). Demgegenüber steht die weiterhin sinkende Anzahl der unter 20 jährigen.

12 Das diese Entwicklung Gefahren für die Stabilität unseres Sozialsystems birgt steht außer
13 Frage. Daneben sollten aber auch die Möglichkeiten ausgelotet werden, die sich aus
14 dieser Entwicklung ergeben und die das Land nutzen kann. Z.B.:

- 15 1. Es muss etwas dafür getan werden, dass die Erfahrungen der älteren Generation
16 weiter gegeben werden, damit die nachkommenden davon profitieren können. Ein
17 Beispiel dafür ist die Hilfe Älterer im Bereich der Bündnisse für Familien in den
18 einzelnen Kommunen. (Stichwort Netzwerke)
- 19 2. Die Infrastruktur, die Behördenwege und die öffentlichen Anlagen müssen
20 altersgerecht gestaltet werden. Innenstädte, die in den vergangenen Jahren
21 Einwohner verloren haben, werden wieder attraktiver, da sie kurze Wege bieten.

22 Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor entstehen.

23

24 Notizen während der Debatte:

25

26

27

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

29 Weitergeleitet an:_____



1 Antrag: **WiSo 4**

2 Antragsteller: KV Westliche Altmark

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

5 **Zusätzliches Geld aus HartzIV für Schulausgaben**

6 Bürger mit keinem oder geringem Einkommen sollen zusätzlich Geld für Schulausgaben
7 erhalten.

8 **Begründung:**

9 Der Antragsteller vertritt die Ansicht, dass bei der Berechnung der Regelsätze ein
10 gravierender Fehler gemacht wurde. Kinder, deren Eltern ALG II oder nur ein geringes
11 Einkommen empfangen, haben wesentlich schlechtere Bildungschancen, als Kinder
12 werktätiger Eltern. Es wird vorausgesetzt, dass der Regelsatz, der gerade ausreicht, um
13 die Kosten des täglichen Lebens zu decken, auch die Kosten für die Schulbildung abdeckt.
14 Das ist nicht möglich, da jeder Lehrer z.B. Geld für Kopien verlangt, oder auch für Sport
15 im offenen Angebot. Auch Schulbücher, Arbeitsmittel und selbst ein Schulranzen sind
16 dadurch unbezahlbar geworden.
17 Wir fordern die Bundes-SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass das Gesetz zur
18 Grundsicherung für gleiche Bildungschancen im Sinne aller Kinder überarbeitet wird.

19

20 Notizen während der Debatte:

21

22

23

24

25

26 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

27 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **WiSo 5**

2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag:

5 **Sinnstiftende und erfüllende Arbeit auch auf**
6 **dem zweiten Arbeitsmarkt**

7 Wir fordern die sogenannten 1 Euro-Jobs in „Gemeinnützige Arbeitsstellen“
8 umzubenennen und ihre zeitliche Beschränkung im Falle des Einverständnisses von
9 ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn aufzuheben. Des weiteren setzen wir
10 Sozialdemokraten uns dafür ein, dass diese gemeinnützigen Arbeitsstellen in mindestens
11 bedarfsdeckender Zahl geschaffen werden, so dass zumindest jede und jeder Arbeitslose,
12 die oder der einen solchen Job möchte, auch einen bekommen kann.

13 **Begründung:**

14 erfolgt mündlich

15

16 Notizen während der Debatte:

17

18

19

20

21

22

23

24

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

26 Weitergeleitet an:_____



1 Antrag: **WiSo 6**

2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag:

5 **Neugründung der Agentur für Arbeit**

6 Die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit (vormals Arbeitsamt) wird beantragt. Daraus
7 sollte eine Neugründung der Bundesagentur für Arbeit in drastisch verkleinerter Form
8 hervorgehen, die sich ausschließlich auf Kernaufgaben beschränkt, die eine bundesweite
9 Koordination benötigen (z. B. zentraler Internetauftritt, zentrale Datenbank der Stellen
10 und Arbeitssuchenden, Weiterbildung der Mitarbeiter der Arbeitsagenturen in
11 kommunaler Hand, bundesweite Förderprogramme, Statistik, u. ä.).

12 Die Betreuung der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden wird zukünftig ausschließlich von
13 Arbeitsagenturen vor Ort, die sich in öffentlicher kommunaler Trägerschaft befinden
14 (Stadt, Landkreis, u. ä.) durchgeführt.

15 Bei der Neugründung sollte eine komplette Neubewerbung aller Mitarbeiter und
16 Mitarbeiterinnen stattfinden. Hierdurch wird gewährleistet, dass nur die bisherigen
17 Leistungsträger, die kompetente Arbeit zu leisten instande sind, in die neue Agentur für
18 Arbeit übernommen werden. Ähnliches sollte dann beim Aufbau der örtlichen Agenturen
19 für Arbeit erfolgen.

20 **Begründung:**

21 Die Agentur für Arbeit (vormals Arbeitsamt) ist – trotz der eingeleiteten Reformen –
22 ineffizient. Sie ist nicht oder nur sehr schwer reformierbar. Verkrustete Strukturen sind nur
23 mit erheblichem Aufwand zu durchbrechen. Ein kompletter Neuaufbau der
24 Bundesagentur mit stark verkleinertem Aufgabenspektrum ist zu bevorzugen.

25

26

27 Notizen während der Debatte:

28

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

30 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **WiSo 7**

2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

5 **Sinnlossteuer einführen**

6 Wir fordern eine Besteuerung sinnloser Dienstleistungen. Hierbei seien insbesondere
7 Klingelton- und Handylogobestellungen zu erwähnen. Wir schlagen einen 50%igen
8 Steuersatz auf den Verkaufspreis zusätzlich zur normalen Mehrwertsteuer vor. Die
9 Erträge der Steuer sollen der Schuldnerberatung, die nicht zuletzt von exzessiven Nutzern
10 jener Dienstleistungen in Anspruch genommen werden muss, und der Bildung zu gute
11 kommen, um den Verblödungstendenzen entgegenzuwirken, die u.a. durch die
12 aggressive Vermarktung dieser Dienstleistungen hervorgerufen werden. Die Steuer kann
13 auf Anregung diverser Juso-Delegiertenkonferenzen in den nächsten Jahren um weitere
14 Tatbestände erweitert werden.

15 **Begründung:**

16 erfolgt mündlich

17

18 Notizen während der Debatte:

19

20

21

22

23

24

25

26 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

27 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **WiSo 8**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Einführung von Patientenrechnungen**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, den Gesetzgeber auf eine Regelung zum Thema,
6 Patientenrechnung' anzustreben. Dem Patienten soll quartalsweise eine Abschrift der von
7 ihm in Anspruch genommenen Leistungen zukommen.

8 **Begründung:**

9 erfolgt mündlich

10

11 Notizen während der Debatte:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

24 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **WiSo 9**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Striktes Alkoholverbot für Jugendliche unter 18 Jahren**

5 Wir fordern striktes Alkoholverbot für Jugendliche unter 18.

6 **Begründung:**

7 Die trinken uns alles weg.

8

9 Notizen während der Debatte:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

23 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **WiSo 10**

2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag:

5 **Jugendschutz durchsetzen**

6 Der Kreisparteitag, der Landesparteitag, der Bundesparteitag, die Juso-
7 Landesdelegiertenkonferenz und der Juso-Bundeskongress mögen beschließen:

8 Wir fordern wirkungsvolle Strafen für Personen und Firmen, die an Jugendliche legale
9 Drogen abgeben, obwohl diese noch nicht das Alter haben, in dem der Konsum dieser
10 Drogen erlaubt wäre. Eine wirkungsvolle Kontrolle soll die Einhaltung des Verbotes
11 befördern. Zigarettenautomaten sind entsprechend zu sichern oder zu demontieren.

12 **Begründung:**

13 erfolgt mündlich

14

15 Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

25 Weitergeleitet an:_____

...und sie bewegt sich doch!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 05.-06.11.05
Richard von Weizsäcker-Gymnasium, Thale



1 Antrag: **WiSo 11**

2 Antragsteller: KV Halberstadt

3 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Legalisierung von Cannabis**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die baldige Legalisierung von Cannabis

6 **Begründung:** erfolgt mündlich

7

8 Notizen während der Debatte:

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

23 Weitergeleitet an:_____